

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 6/8, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mf. 2.50, frei ins Haus Mf. 2.92, wo keine Post am Orte, Mf. 3.24.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsfrist sechs Wochen vor dem Ende des Monats, bei dem die Abbestellung zu erfolgen hat. Bei längerer Fristung sind die Abbestellungsgebühren zu zahlen.

Telephon Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 220.

Donnerstag, den 21. September 1905.

16. Jahrgang.

Einen glänzenden Erfolg

errang gestern die deutsche Sozialdemokratie bei der Reichstagswahl in Essen. Nicht nur, daß wir trotz der ungünstigen Verhältnisse, trotz der unter aller Kritik erbärmlichen Kampfesweise unserer Gegner unsere in der Wahl von 1903 errungenen Stimmen glänzend behaupteten — wie gewannen nach vorläufiger Zählung circa 6000 Stimmen dazu!

Unsere Essener Genossen haben sich wahrhaft bewundernswert geschlagen und dem Parteitag in Jena und der internationalen Sozialdemokratie ein Freude bereites, wie wir im Laufe langem nicht verzeichnen konnten.

Sie haben auch die letzte Hoffnung unserer Gegner auf einen „Niedergang der Partei“, auch die letzte Hoffnung derer, die auf das Diktatorische gehofft und geharrt, zu Schanden gemacht. Wir senden ihnen unsere brüderlichen Grüße und ein donnerndes Bravo!

Hoch die Sozialdemokratie!

Ueber das vorläufige Resultat unterrichteten folgende Privattelegramme der Volkswacht:
Essen, 19. September. Bis Abends 11 Uhr wurden gezählt: für den Zentrumskandidaten Wieser 32,421, für den Sozialdemokraten Grewer 25,926, für den Nationalliberalen Dr. Richter 17,911, für den Christlich-Sozialen Behrens 1914 Stimmen.

Essen, 19. September. Am Mitternacht war folgendes Ergebnis zu verzeichnen:
Zentrum 35,500, Nationalliberale 17,800, Christlich-Soziale 2200, Polen 1700, Sozialdemokratie 28,500 Stimmen.

Danach hat das Zentrum, das bei der Hauptwahl 1903 35,129 Stimmen erhielt, nur 371 Stimmen gewonnen; die Nationalliberalen 3019 Stimmen verloren, die Sozialdemokratie dagegen 5727 Stimmen gewonnen. Die Gesamtzahl der bürgerlichen Stimmen ist seit 1903 um 337 zurückgegangen.

Die neuen Steuern.

Kürzlich teilten wir mit, daß es die „Kreuzzeitung“ als eine selbstverständliche Tatsache betrachtet, daß die Erhöhung der Tabaksteuer und Biersteuer kommt. In der unverfrorensten Weise jagt das Junkerorgan, daß die Besteuerung der notwendigen Nahrungs- und Genussmittel das beste und einfachste Mittel sei, die Reichsfinanzen zu sanieren. So selbstbewußt spricht das Blatt, als ob es nichts allein die Zustimmung der Regierung, sondern auch die der Reichstagsmehrheit bereits in der Tasche habe.

Das letztere scheint uns auch zu stimmen, wenn auch das Zentrum sich noch ein wenig vor der Öffentlichkeit zielt. Die „Köln. Volkszeitung“ rechnet auf einen Mehrertrag von 50 bis 60 Millionen, den die Tabaksteuer bringen soll. Die Fachpresse richtet sich bereits auf einen Felzbzug gegen diese unpopuläre Steuer ein. So wird der „Deutschen Tabakzeitung“ aus Süddeutschland geschrieben:

„Als Optimisten tragen wir immer noch in unserer versteinerten Herzenstasche ein Restchen Hoffnung mit uns herum. Herr v. Stengel werde den Tabak vor einer erhöhten Steuer befreien. Nun schwindet auch dieses letzte Hoffnungsrädchen. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Reichsregierung tatsächlich wieder ihr altes Stiefelsohnchen Tabaksteuererhöhung reitet, trotzdem es sich schon zu verschiedenen Malen als schwer lenkbar gezeigt hat, sogar für so fähigste Leute wie Bismarck. Unsere Regierung hat Mut und wir wollen sie darob gerne loben, wenn es nur nicht der Mut der Verzweiflung wäre, der sie dem Tabaksteuerprojekt in die Arme treibt. Nachdem die Finanzgefahr in bedrohlicher Nähe gerückt ist, muß sich die Tabakbranche rühren, muß sie alles aufwenden, um die Pläne der Regierung zu schanden zu machen. Müht sich die Branche nicht bei Heizen, dann wird ihr Ruf, ihr Warnen ungehört verhallen und Deutschland wird um eine reiche Fiskussteuer schlimmerer Güte reicher werden.“

Wir fürchten sehr, so schreibt mit Recht die „Fränkische Tagespost“ im Hinblick auf die wahrscheinlich schon erfolgte Verständigung der Regierung mit den Mehrheitsparteien, daß die angekündigte Protestbewegung zu spät kommt. Bekanntlich beabsichtigte der Reichschatzsekretär, durch Einführung einer Erbschaftssteuer das wachsende Defizit des Reiches zu beseitigen. Gegen die Reichserbschaftsteuer haben zunächst die Nationalliberalen Bedenken erhoben, weil damit in die Steuerreservate der Bundesstaaten eingegriffen würde. Diese Fürsorge der Nationalliberalen für die Bundesstaaten ist natürlich aufgelegter Schwindel. Die Partei der Großkapitalisten will von einer Reichserbschaftsteuer nichts wissen, weil damit voraussichtlich die besitzenden Klassen stärker als bisher zu den Ausgaben herangezogen würden. Ehrlicher als die Liberalen waren die Konservativen. Die Junker haben sowohl im preussischen Abgeordnetenhaus, wie insbesondere im preussischen Herrenhaus sich in entschiedenster und offener Weise gegen eine Reichserbschaftsteuer ausgesprochen und die preussische, daß ist die Reichsregierung, gegen den Reichschatzsekretär scharf gemacht.

Die Reichserbschaftsteuer kommt nicht. Die besitzenden Klassen bleiben von einer höheren Besteuerung verschont. Der Tabak muß mehr bluten. Die Besitze des armen Mannes wird zur Deckung des Reichsdefizits im verstärkteren Maße herangezogen. So gebührt sich auch im christlich-monarchischen Staat: Den besitzenden Klassen alle Vorteile des Reiches, den besitzlosen Volksschichten alle Lasten. Mindestens 100 Millionen Mark werden durch den neuen Zollertrag den Konsumenten mehr als bisher abgeknöpft. Dazu 50 bis 60 Millionen Mark durch Erhöhung der Tabaksteuer und wenns nicht reicht: Erhöhung der Biersteuer.

Es ist wirklich erstaunlich, was man in Deutschland dem Volke zu bieten wagt. Die Efelgebild des deutschen

Michel scheint aber auch unendlich zu sein. Wenn sich der deutsche Pflanzler nur Langohrs Starrigkeit und Eigenstarr zum Vorbild nehmen möchte. Die Arbeiterklasse, soweit sie sich zur Sozialdemokratie bekennt, wird nicht versäumen, gegen diese neue Schröpfung energisch Protest zu erheben. Auf die Sozialdemokratie allein wird sich in der Hauptsache die angekündigte Protestbewegung beschränken. Zwar kommen bei Erhöhung der Tabaksteuer Interessen in Frage, die weit über die Arbeiterklasse hinaus tief in das wirtschaftliche Leben eingreifen. Eine Erhöhung der Tabaksteuer um 50 bis 60 Millionen Mark bedeutet die Vernichtung der Tabakindustrie, kann überhaupt nur den Zweck haben, den Widerstand gegen das Tabakmonopol zu brechen. Laufende von kleinen und mittleren Betriebsunternehmen wird man auf diese Art zu Grunde richten, um sie bei Einführung des Tabakmonopols nicht entschädigen zu müssen.

Nicht geringer wird die Zahl der ruinirten Existenzen sein, die sich jetzt als Zigarren- und Tabakhändler ernähren. Auch die Tabakbauern werden stark in Mitleidenschaft gezogen, denn eine derartige Steuererhöhung muß selbst bei einer starken Verschlechterung der Fabrikate eine Verminderung des Konsums herbeiführen, der zu einer Einschränkung des Tabakbaues zwingt. Weite Volkskreise werden somit in Mitleidenschaft gezogen und man sollte meinen, daß die voraussichtlich Geschädigten sich mannhafte zur Wehr setzen werden. Aber wir wissen ja, wie das Bürgerium sich benommen hat, als die Sozialdemokratie mit allen gesetzlichen Mitteln den Zolltarif verhöhrern wollte. Selbst Eugen Richter hat den Zollräubern Dienste geleistet.

Die Tabakindustrie wurde in den letzten 25 Jahren fortgesetzt beunruhigt. Im Jahre 1879 hat man die Tabak-Inlandsteuer mit einem Schlage von 24 Mark auf 85 Mark erhöht. Die Industrie hatte sich von dieser Mehrbelastung noch nicht erholt, als Bismarck im Jahre 1881 die Verbeirommel für ein Tabakmonopol rührte und damit im ganzen Reiche eine mächtige Bewegung gegen die Monopolpläne erweckte. Damals war das Bürgerium noch nicht so kraftlos wie jetzt, selbst Bismarcks Stiefelsohn, die Nationalliberalen, wehrten sich gegen diese staatssozialistischen Pläne, die selbstverständlich von der Sozialdemokratie am nachhaltigsten bekämpft wurden. Die Monopolvorlage wurde vom Reichstage mit 277 gegen 43 Stimmen abgelehnt. Die Regierung ließ sich durch diesen Mißerfolg nicht abschrecken. Bismarck hat es wiederholt angekündigt, daß der Tabak mehr bluten müsse.“ Im Jahre 1894 ging dem Reichstag eine Vorlage auf Erhöhung der Tabaksteuer zu, die Steuererhöhung sollte einen Mehrertrag von 45 Millionen Mark liefern.

Der Reichstag ließ sich auf lange Unterhandlungen mit der Regierung ein, lehnte aber schließlich infolge der starken Protestbewegung im Volke die Regierungsvorlage, auch in abgeschwächter Form, ab. Seitdem wurden ernstliche Versuche für höhere Besteuerung des Tabaks nicht mehr unternommen, wenn auch noch öfters vom Ministerische des Reichstages und der Einzelstaaten darauf verwiesen wurde, daß der

Pastor Klinghammer.

Roman von Wilhelm Hegeler.

75
(Nachdruck verboten.)
Eines Abends, als Daniel nach Hans kam, traf er den Arzt, Doktor Hauschildt, bei Marianne im Wohnzimmer. Diese sah am halbbedeckten Tisch und stützte sorgend den Kopf auf, während der Doktor, der eben gehen wollte, ihr väterlich auf die Schulter klopfte.
„Darüber machen Sie sich keine Sorgen! — Meine Frau — Guten Abend!“ unterbrach er sich, indem er sich an den eintretenden Daniel wandte. Nachdem er diesen begrüßt hatte, fuhr er zu Marianne fort:
„Meine Frau zum Beispiel ist noch viel kleiner und schwächer als Sie und hat nur drei gesunde Jungen beschert. Und jedem mal ging die Sache um Schnürchen.“
„Sie müssen nicht denken, daß ich Angst habe,“ erwiderte Marianne, die aufgestanden war.
„Denk ich auch nicht!“ sagte der Doktor lächelnd. „Sie werden sehr tapfer sein, und alles wird ein sehr gutes Ende nehmen.“
„Das wollen wir hoffen. — Adieu, Herr Doktor!“
„Adieu, Frau Pastor. — Auf Wiedersehen!“
„Ja, am Donnerstag.“
„Wenn Sie mich einen Tag früher oder später rufen, komme ich auch.“
„Nein, Donnerstag!“ versetzte Marianne bestimmt und ging hinaus.
Das joviale, vertrauenslichere Lächeln verschwand von dem Gesicht des Arztes, und er sagte ernst zu Daniel:
„Sie müssen ihr nur manchmal gut zureden, Herr Pastor. Ein bißchen Furcht wird sie doch wohl haben.“
„So?“ erwiderte Daniel zerkürrt und starrte mit verunsichertem Ausdruck in die Ecke, als wenn er dort etwas suchte. Dann riß er langsam den Blick los.
„Sie fürchtet sich. — Wovor?“
Der Arzt bildete ihn verwundert und mißbilligend an.
„Na, schließlich ist es doch kein Rinderpiel für 'ne Frau, die erste Gebärdung. Umsonst, als Ihre Frau Gemahlin damals das Malheur mit der Frühgeburt hatte.“
„Ja — natürlich — ja,“ murmelte Daniel.
„Natürlich,“ dachte er bei sich. „Sie fürchtet sich. Merkwürdig, daß andere Menschen auch Empfindungen haben. Immer denke ich allein zu leiden.“
Er betrachtete forschend den Arzt, der klein und dünn war und ein volles gutmütiges Gesicht hatte, mit einem starken Schnurrbart. „Der gehört auch zu den anderen,“ dachte er. „In den Eheleichen und — Glücklichen.“

Unwillkürlich teilte er jetzt fortwährend die Menschen in zwei Klassen: in die anständigen, mit gutem Gewissen, die mit ihm nichts an tun hatten, und in die, zu denen er gehörte.
„Also Donnerstag, glauben Sie?“
„Das läßt sich nicht so genau bestimmen. Ihre Frau Gemahlin rechnet ja bestimmt auf den Donnerstag. Aber —“
„Ja es ganz ausgeschlossen, daß man den Tag vorher berechnen?“
„Eigentlich ja. Oder man müßte ganz genau das Datum der Empfängnis kennen. Aber immerhin — Ihre Frau Gemahlin scheint ihrer Sache so gewiß. — Adieu, Herr Pastor! Bitte, sich nicht zu bemühen.“
Nachdem Daniel ins Zimmer zurückgekehrt war, starrte er wieder in die dunkle Ecke.
Er hatte bei Marianne ein Buch, das die erste Pflanz des Kindes behandelte, gefunden und nach den Angaben des Buches hatte er sich ausgerechnet, daß, wenn das Kind am Donnerstag zur Welt käme, es mit Wahrscheinlichkeit sein eigenes wäre.
Wenn es dann zur Welt kam? Und auch dann — auch dann — Dies Kind gehörte nicht ihm. Konnte nicht von ihm sein. Denn wäre es, so würde seine Tat noch hundert Mal größerer sein.
Marianne trat ein, mit einer Bratenschüssel in der Hand.
„Du noch hier?“ fragte sie erstaunt.
„Trag nicht so schwere Sachen!“ sagte er besorgt, indem er ihr die Schüssel aus der Hand nahm.
„Danke Dir!“ erwiderte sie leise.
Er sah sie an, und der Ausdruck seines Gesichtes wurde dabei immer leidender. Ihn quälte dieser so unbeschreiblich schöne und sanfte Frieden, der auf ihrer blanken Stirn, in ihren feuchten Augen lag. Er sah darin etwas, was er sich für immer verlernt hatte. „Und doch ist sie an allem schuld!“ dachte er, ohne daß dieser Gedanke sein Gefühl lebhaftigsten Neides vermindert hätte. Sie trug ein loses, dunkelblaues Kleid und um den Hals sowie an den Ärmeln weißer Krausen.
Als wenn er nicht mehr an sich halten könnte, ergriff er hastig ihre kleine, runde, eigentlich nicht hübsche Hand, die ihm früher immer als etwas so Treuherriges und Aufrichtiges erschienen war.
„Du fürchtest Dich, Marianne?“
„Fürchten — ist wohl nicht das richtige Wort. Ich sage mir nur — daß ich — Ihre Stimme klang wieder so leichthin, den Ernst der Worte verschleiernd — daß ich möglicherweise draußengehe.“
Die Tür wurde geöffnet, das Dienstmädchen kam mit einer Schüssel herein.
„Wir können anfangen“, sagte Marianne.
Er sprach das Gebet. Dann setzten sie sich. Marianne nahm

und schob ihm dann die dampfende Schüssel hin, ohne daß er sie beachtete.
„Willst Du nicht nehmen?“
Er blickte auf, sah sie mit leidenschaftlichem Ernst an, erhob sich und ging langsam um den Tisch.
„Du mußt leben, Marianne“, flüsterte er.
Sie hielt seine Hand fest und, ihre Wangen daran lehrend, schloß sie die Augen.
„Ich kann nur mit Dir leben, Daniel! Setz Dich neben mich!“ bat sie nach einer Weile.
Er schob seinen Stuhl neben ihren. Während sie eine Hand wie schützend über ihren Leib hielt, strich sie mit der andern über seine Stirn und durch sein Haar, als wenn sie durch diese Berührung ihn langsam wieder in Besitz nähme.
„Verzeih mir, Daniel! Ich habe Dir viel zuleide getan.“
Er fuhr zusammen. Töbliche Angst lag in seinen Augen.
„Sprich nicht davon!“
„Sag mich doch!“ — Ich tat Dir so viel zuleide. — Aber den einen Verzeih!“
„Sei still! Sei still!“ flüsterte er noch ansvoller.
„Warum?“ fragte sie vorwurfsvoll erwidert.
„Sei still! — Du weißt nicht — Ich kann's nicht hören.“
Er preßte sein todblaues Gesicht auf ihre Kniee, lästete ihre Hände und ging dann hinaus.
In der Nacht von Donnerstag auf Freitag stellten sich die ersten Wehen ein. Während Marianne sich niederlegte, ließ Daniel fort, um den Arzt und die Hebammen zu holen. Der Arzt verbrach in einigen Stunden zu kommen. Da inzwischen ein Stillstand eintrat, wollte Marianne nicht länger liegen bleiben, sondern lieber mit ihrem Mann in dessen Zimmer auf und ab gehen.
Die eine Flamme des Kronleuchters erhellte nur die Mitte des großen Raumes, während die Wände mit den fast bis zur Decke reichenden Bücherregalen im Halbdunkel zurücktraten. Durch die Fenster fiel graues Nebellicht. Die letzten Tage war Tomwetter eingetreten und hatte unergründlichen Mist auf den Straßen angerichtet. Jetzt war es etwas trockener geworden. Aber in der Dachrinne pöferte und ratterte es noch immer.
Schwerfällig mit leichten Schritten wanderte Marianne auf und ab. Daniel hatte den Arm um sie geschlungen und stützte sie. Unter seiner Hand spürte er die Wärme ihres Körpers. Ein Ausdruck unerschütterlichen Leidens drängte sich in seinem Gesicht aus, während er vorübergehend in ungewohnter Haltung neben ihr herschritt. Seine Brust war so gespannt, daß er sich Gewalt anrücken mußte, um nicht laut aufzuschreien. Von allem, was auf ihn einbrang, war das Schlimmste, daß er merkte, wie seine Frau, sei es aus Hilfsbedürfnis, sei es aus wirklicher Hingebung, immer wieder seine Nähe suchte und eine Ansprache herbeizuführen strebte. (Fortsetzung folgt.)

Tabak hat geeignetste Objekt für höhere Steuererträge. Nun scheint man die Zeit für gekommen zu halten, dem Tabak mehr Blut abzuzugieren. Für die Durchführung der Steuererhöhung ist die Haltung des Zentrum ausschlaggebend. Zentrumsbreiter haben im Reichstage wiederholt erklärt, daß bei der unvermeidlichen Reichsmangelform Konsumartikel der breiten Volksschichten nicht höher belastet werden dürfen. Fällt unter die Steuerobjekte, die Schonzeit genießen sollen, der Tabak?

Die „Königliche Volkszeitung“, die zuerst die Nachricht von der geplanten Steuererhöhung brachte, läßt über die Stellung der ausschlaggebenden Partei nichts verlaufen. Das ist lebensfähig sehr verdächtig. Um so mehr muß das Volk auf der Hut sein. 60 Millionen neue Steuern auf Tabakfabrikate, davon treffen mindestens 50 Millionen die Arbeiterklasse. Zudem werden viele tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen arbeitslos, denn die unausbleibliche Einschränkung des Konsums hat eine Verminderung der Produktion und damit eine Stilllegung zahlreicher Arbeitskräfte zur Folge. Nicht früh genug kann deshalb die Arbeiterschaft sich zur Wehr setzen, um womöglich diese Gefahr noch abzuwenden.

Politische Heberlekt.

Schnüffelei überakt! Die „Welt am Montag“ veröffentlicht einen Geheimeraß des preussischen Kriegsministers an die Generalkommandos, der sich gegen den Verband deutscher Militärärzte richtet. Der vom 28. Juli d. J. datierte Erlaß lautet:

Der Verband deutscher Militärärzte ist einseitig, unangenehm und die Beamten des Verbandes zu unterwerfen. Die Regierung hat bisher eine abwartende Haltung eingenommen und sich darauf beschränkt, den Verband auf seine Eingaben, mochten sie sich auf Beschwerden einzelner Militärärzte oder auf allgemeine Wünsche beziehen, ohne sachliche Rücksicht zu lassen. Jetzt aber erscheint es notwendig, die Aufmerksamkeit der künftigen Generalkommandos auf die nicht unbedeutende Erscheinung, daß die Militärärzte-Vereine neuer Zeit Verbindung mit den Truppen angestreben, hinzuweisen.

Selbst wenn sich die Verbindlichkeiten, die an der Spitze des Vereins stehen, von einer schätzbaren Qualität fernhalten sollten, so würde es doch annehmbar sein, die aktiven Unteroffiziere nicht in die Gefahr zu bringen, in die Bewegung der Militärärzte-Vereine hineingezogen zu werden. Es ist wohl anzunehmen, daß die Schreiber bei den Kommandos, bei der Tendenz, bei der Beurteilung von Umständen um der Zeit und Gelegenheit haben, sich mit solchen Verbindungen zu befassen, als die Unteroffiziere im Frontdienst. Die Behandlung dieser Sache wird deshalb zweckmäßig nur Offizieren anvertraut sein, und in Rücksicht auf die auch anderwärts im Sinne befürworteten Ermittlungen wird es sich empfehlen, bei den Generalkommandos nur so viel Personen als unbedingt notwendig zu beiziehen und die Angelegenheit so lange geheim zu halten, bis das königliche Generalkommando zu einem Gutachten gekommen ist; insbesondere würden es die Aufgaben der Militärärzteverbände sein, ihre Beziehungen zum Militärärzteverein rechtzeitig und mit Gedächtnis zu lösen, das daraus kein Ansehen erregendes Ereignis wird.

Dem Kriegsministerium ist eine Auskunft darüber erwünscht, ob festgestellt worden ist, daß aktive Unteroffiziere Verbindung mit dem Militärärzteverein haben oder gehabt haben.

Der Minister des „großen deutschen Heeres“ fürchtet sich vor harmlosen Reservemännern — indes alle Tage das Wort Bismarcks vom 6. Februar 1882: „Wir Deutsche fürchten nur Gott, sonst nichts auf der Welt“ in allen Tonarten hergeleiert wird.

Preussische Sozialistenschnüffelei in Baden.

Der Reichsminister des Innern ausübenden geheimen Erlaß durch den Ermittlungen über die politischen Anschauungen der Mitglieder der Sozialistischen Partei in Baden. Der Erlaß hat folgenden Wortlaut:

Ministerium des Innern. Karlsruhe, 12. April 1904.

Scheim!

An die Herren Zivilvorstehenden der Kreis- und Provinzialverwaltungen! Wir fordern und veranlassen, hinsichtlich der über die Jugendvereine der Sozialistischen Partei zur Sozialdemokratischen Bewegung der Sozialistischen Partei angestellten Ermittlungen unter Aufhebung der seitens der Groß- und Landeskommissionen erlassenen Verfügungen zu bestimmen:

1. Die Erhebungen haben sich auf die Feststellung zu beschränken, ob und welche Geschäftsverhältnisse bestehen;
2. als Führer oder Agitatoren der sozialdemokratischen Partei aufzutreten sind;
3. ohne eine führende Stellung einzunehmen nach ihrem sich in äußeren Taten und Verhalten als entschiedene, der sozialdemokratischen Partei angehörige und für ihre Ziele wirkende Persönlichkeiten zu betrachten sind;
4. Anarchisten sind.

Der Vollzug der Erhebungen soll ein möglichst unauffälliger sein. Ihr Zweck wird sich in der Regel in der Weise erreichen lassen, daß für die größeren Städte einem erfahrenen Polizeibeamten (Polizei-Inspektor, Polizeikommissar) die Hilfe der Zivilbehörden mit der Feststellung verbunden wird, auf dieser Hilfe auf Grund eigener Kenntnis und soweit nötig, nach vorheriger Befragung, die Personen zu bezeichnen, welche der einen oder anderen der oben genannten Kategorien angehören; für die übrigen Orte wäre die gleiche Feststellung dem Gendarmeriewachmeister zu erteilen. Erhebungen durch die Schutzmannschaft oder das dem Gendarmeriewachmeister unterstellte Personal haben zu unterbleiben; auch sollen Nachfragen bei Arbeitgebern oder Vermietern nicht stattfinden und auch Erkundigungen bei den Bürgermeistern möglichst vermieden werden.

Esuchen an auswärtige Behörden um Auskunft über Militärschlichter dürfen nur ausnahmsweise, also nur dann, wenn eine andere Verfassung nicht möglich ist, und nur hinsichtlich solcher, erst lange Zeit im Auslandsgebiet sich aufhaltender Personen stattfinden, für welche Angaben ihrer Jugendverhältnisse auf Grund der Frage lebenden Kategorien vorliegen. Formulare sind zu solchen Erhebungen nicht mehr zu verwenden; auch sind die letzteren als fremde vertraulich zu bezeichnen und auch innerhalb des Dienstes als solche zu behandeln.

Das Ergebnis der Ermittlungen ist an den Zivilvorstehenden der Oberstaatskommission anzuzeigen.

der Lage, die Unwahrscheinlichkeit dieser Ablesungen festzustellen. Eine Verletzung ist die baltische Regierung sich bemüht zu haben, sich nicht mehr zum Werkzeuge der politischen Bestimmungskräfte heranzulassen. Dem erneuten Antrage des preussischen Kriegsministeriums Widerstand zu leisten, sollte ihr jedoch schließlich der Mut. So entschloß man sich denn zu dem neuen Erlaß, den man allerdings aus Scham möglichst geheim zu halten bemüht war.

Daß die Erhebungen sich nur auf „Führer“ oder „Agitatoren“ oder auf „entscheidende“ Sozialdemokraten erstrecken sollen, ist ohne Belang. Man weiß ja, was alles die untergeordneten Behörden als agitatorische Tätigkeit für die Sozialdemokratie aufzufassen pflegen. Wobriehinlich genügt schon die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft, um dem betreffenden jungen Mann den Stempel der agitatorischen Tätigkeit der Partei aufzubringen. Unsere baltischen Gerichte werden nicht versäumen, die Handlangerdienste der baltischen Regierung gebührend zu brandmarken.

Ansturm der Junker. Der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats Graf Schwerin-Löwitz hat in den Reichskanzler und den Landwirtschaftsminister eine Eingabe gerichtet, in der die bringende Bitte ausgesprochen wird, in den zur Zeit geltenden Anordnungen gegen die Einschleppung von Viehseuchen aus dem Auslande keinerlei Abschwächung eintreten zu lassen. Das Öffnen der Grenzen würde auf die großstädtischen Viehpreise keinen irgendwie nennenswerten Einfluß ausüben können, dagegen die deutsche Viehzucht im höchsten Grade gefährden. Derartige Gefährdungen hätten stets zur Folge, die Landwirte von einer Steigerung der inländischen Viehproduktion, wie sie bei dem Vertrauen auf einen gesicherten Grenzschutz unbedingt zu erwarten ist, immer von neuem abzuschrecken. — Die Junker bemühen sich völlig unmaßgebend: Fobdielecki und Bülow preisen sowieso auf die immer lauernden Füße nach Öffnung der Grenzen. Ihnen kommt ein ostpreussisches Blättchen mit einem Gaunertrick zu Hilfe, den man gern apportionieren wird. Die „Ost. Grenzboten“ melden nämlich — auf Bestellung? — den Ausbruch der Rinderpest jenseits der russischen Grenze. Das Blättchen selbst hat die Kunde davon nicht aus eigener Kenntnis, sondern nur nach den Erzählungen von russischen Grenzwohnern. Trotzdem die Sache also so unbegreiflich wie möglich ist, bringt die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ die Nachricht in auffälliger Druck und fügt hinzu, daß sie die Angelegenheit hiermit der Aufmerksamkeit der Reichs- und Staatsbehörden unterbreite. — Vor einigen Wochen hatte bekanntlich Fobdielecki die Fortsetzung der Sperre gegen russische Schweine damit zu begründen versucht, daß in Russland gefährliche Schweine seuchen herrschten. Kenner der Verhältnisse haben alsbald nachgewiesen, daß das Gegenteil die Wahrheit sei. Jetzt taucht mit einem Mal als Schreckmittel die Rinderpest auf. Ein plumper Gaunertrick! Aber die unerlässlichen Junker benutzen ihn als „durchschlagendes Argument“, um den Fleischwucher zu unterstützen.

„Deutschtum ist Kultur“. Eine Scherzdepesche aus Darussalam hat folgenden anmutigen Inhalt:

Die Nachrichten lauten heute aus allen unruhigen Gebieten befriedigend. Eine Anzahl Aufständischer wurde gehängt oder standrechtlich erschossen.

Wie weit haben wir es doch gebracht, wenn es als „befriedigend“ gilt, daß gehängt und erschossen wurde!

Kein Alkohol in der Kaserne. Unter dieser Spitzmarke schreibt die „Vol. Ztg.“: Seitens der deutschen Heeresverwaltung sind Erwägungen im Gange, ob es nicht angebracht sei, den Ausschank von Spirituosen (Branntwein, Schnaps, Wein) in den Kasernen der Kaserne zu verbieten und nur den Ausschank von Bier und alkoholfreien Getränken zuzulassen. Dies Verbot soll für das ganze Heere bestehen sein, in einzelnen Armeekorps bestehen bereits jetzt schon ähnliche Bestimmungen! — Endlich einmal etwas Vernünftiges aus dem Kriegsministerium!

Wölfer amtierend? In Berliner Industrie- und Handelskreisen ist das unkontrollierbare Gerücht verbreitet, daß die Stellung des preussischen Handelsministers Wölfer erledigt sei.

„Unger“ neuer Kolonialfrieser. Aus Ostafrika, wo sich der Aufstand ebenfalls ausbreitet, wird telegraphisch gemeldet: In St. Ottilien traf aus Darussalam (Ostafrika) folgende Depesche ein: Die Missionarinnen Ivanov und Luculebi drei Tage lang voneinander entfernt, im Bezirk (indi) wurden gerührt. Die vernichte Schwester Walburga ist erwordet, Schwester Ania tot. Die Missionare Kvasata (Landchaft Ungari, Bezirkstation Songea) sind nach Wiedhausen (Niassee) geflüchtet.

Stabsarzt Jupiga berichtet aus Jvinga, daß das ganze Rabengengebiet, sowie das des Sultans von Kwanga aufständisch ist. Die Verbindung zwischen Wiedhausen am Niassasee und Suga ist abgebrochen.

Reichstags-Abgeordneter Victor Ankerski ist nach Deutschland zurückgekehrt und hat die gegen ihn früher erkannte weimaranische Gefangenstrafe in Blößen bei Berlin angetreten. In seiner neuen Strasse wegen Aufreißung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten ist Termin auf heute vor der Grandenzer Strafkammer angesetzt.

Fobdielecki's Ehrenretzung. Am Donnerstag Abend fand in Remmshaus eine von ca. 1200 Personen besuchte Volksversammlung statt, in der Genosse Paul Müller-Hamburg über die Kleinmoral referierte. Als der Redner noch auf die Taten des Schweinezüchters Fobdielecki zu sprechen kam und der Abfertigung halber den Minister, wie es überall geschieht, Fob nannte, erhob sich der überwachende Beamte und ließ die Versammlung auf! „Det is nil!“ rief Fob aus, wenn er das sieht.

Guthausen und Böhmer und Koburg stehen bevor. Wie in London verläutet, hat Prinzessin Luise von Koburg ihre Memoiren einem englischen Verleger für 40000 Pfund Sterling (80000 Mark) verkauft mit der Bedingung, daß dieselben erst nach Ableben König Leopolds veröffentlicht werden.

Wie ein Votum geriet sich in Sachsen ein Amtshauptmann, so man dort die Landräte nennt. Der Herr veröffentlicht in dem dortigen Amtsblatt folgenden Erlaß im „An mein Volk“-Stil an seine bisherigen „Untertanen“:

An meine Gemeinden! Nach neuwärtiger Tätigkeit scheide ich heute von Euch. Es war eine Zeit raichen Emporklimms des ganzen Bezirks, und es war mir eine große Freude, nach Euren Wünschen an dieser herrlichen Entwidlung. Ihr habt mir meine Arbeit durch Euer Vertrauen und Euer Interesse reichlich gelohnt. Dem Scheidenden gebt Ihr so brachvolle Ehrengebild mit auf den Weg. Ich danke Euch dafür und für die aus dieser Gabe so laut sprechende freundliche Bekanntheit von ganzem Herzen. Ich gebe, aber mir geht die nie erlöschende Liebe zu dem schönen Bezirk Auerbach und der Woiw, daß dem ganzen Bezirk eine schöne Zukunft beschieden sein möge. Adieu Euch Gott!

Auerbach, am 31. August 1905.

Untertanen! In harmonischer Konvention gelebt. Reineswegs! Den

Arbeitern zum Beispiel hat er unabhällige Versammlungen aufstellen und ihre Versammlungsrechte ganz gesehlig beschneiden.

Aus Rußland.

Bluthund Trepow

wird immer gemeingefährlicher! Wie uns aus Petersburg mitgeteilt wird, forderte er im Juli in einem geheimen Brief an die Gouverneure, Polizeimeister etc., daß die Waffen nicht nur zu Drohung benutzt werden sollten:

„Die Forderungen der Polizei betreffen des Schutzes der Ordnung müssen autoritativ und beharrlich sein und der erforderlichen Falls notwendige Gebrauch der Waffen darf nicht den Charakter der lauten Ausföhrung einer Drohung bekommen. Die Polizeibeamten müssen darüber unterrichtet sein, daß, bei der richtigen Bewertung dieser Maßregel, die Anwendung der Waffengewalt, ihnen nie als eine Amtsschuld angesehen wird. Die letztere wird vielmehr in dem Entgegenkommen gegen die Ruhestörer erkannt werden. Bei der Requirierung erforderlichen Falls der Militärmacht muß die letztere gleichfalls mit der vollen Konsequenz dieser ersten Maßregel in Aktion treten, wobei man für den Eindruck der Unentschlossenheit derjenigen Behörde, die das Militär herbeigerufen habe, keinen Raum lassen darf.“

Gegen die Polizei-Duma.

Die Stadtverwaltung in Odeffa hat in einer außerordentlichen Sitzung beschlossen, die Regierung zu ersuchen, vor den Wahlen zur Reichsduma gesetzliche Redefreiheit, Pressefreiheit und Freiheit für Versammlungen und Vereine zu gewähren, da sonst die Wahlen unmöglich seien.

Partei-Angelgrubeiten.

Das erste Stiftungsfest der Berliner Jugendorganisation, das am Sonntag in der Prauerl-Friedrichshain stattfand, nahm einen recht würdigen Verlauf. Der große Kongressaal war dicht gefüllt. Nach den üblichen einleitenden Kongressreden gelangte der Prolog durch seinen Schöpfer, Genossen Otto Krille, zum hinreichenden Vortrage.

Es heißt in diesem „Gesang der Jungen“:
Wir sind der junge Staat, erweht
Von Proletarierweibe.
Uns hat die Mutter Not gesüßt
In ihrem dünnen Leibe.
Uns elendstümmeltes Hütte Söß.
Mit munden Wäßen rodt und bloß,
Sind wir emporzuehien.
Vor uns der sonnetunne Tag,
Nur gehts hinein mit Schwertereschlag
Zum Sterben oder Siegen.

Darauf erteilt Reichstagskobaordinator Eduard Bernstein das Wort zu der Rede. Einen kurzen Rückblick auf das vergangene erste Jahr gebend, entlockte er die Aufgaben des Vereins. Dieser soll seinen Mitglidern ein Schutz sein gegen die Gefahren des Daseins, in materieller und sittlicher Hinsicht, die gerade die arbeitende Jugend zahlreich bedrohen, und soll sie, frei von jeglicher politischen Drogen, bilden und aufklären. — Das Vorurteil, das man von verschiedenen Seiten dem Verein anfangs entgegenbrachte, würde wohl der heutige Tag beseitigen. Denn dieser beweise, daß die Jugendlichen, die sich ihre Organisation selbst geschaffen und durch alle gefährlichen Klippen geleitet haben, wohl imstande sind, ihre Interessen selbst zu vertreten. Wären deshalb den Jugendlichen auch in Zukunft, unacachtet der Verfälschungen und Verwicklungen, die sicher den Verein heimtuchen werden, vorwärts schreiten, eingebildet der Worte: „Blid“ nicht rechts, nicht links — geradzu, so hast Du Ruh.“

Tomela Nienowhais ist, wie die „N. N.“ meldet, immer noch in den Händen der Kölner Polizei, es sei denn, daß die von Berlin erbetene Ausweiskfordre inzwischen eingetroffen ist und der hie Revolver über die Grenze aufgehoben werden kann. Der Kölner Politik ist, wie unter Bruderkleid erfährt, von besserer Seite in glaubwürdiger Weise versichert worden, daß Marburg nicht etwa angeblich, sondern wirklich das Reizegel des holländischen Expreidgers und Anarchisten gemessen sei. Nienowhais hatte einem Marburger Bekannten, der seine politischen Anschauungen nicht teilt, ihn aber als Menschen schätzen gelernt hat, seine Ankunft mit einem bestimmten Zuge telegraphisch angezeigt. Der Freund aber erwartete ihn vergebens; am freien deutschen Rhein war dem Holländer schon andere Gastfreundschaft aufgenötigt worden. Eine seltsame Ironie liegt darin, daß der geplante Marburger Besuch einem Manne galt, in dessen Kommando das Oberhaupt der Kölner Polizei mit dem anheimelnden Verdacht gebrochen wurde und zu der er sogar in allerdings entfernten verwandtschaftlichen Beziehungen stand! Im Interesse der in der Koblenzer Kaiserrede erfreulich stark betonten Achtung vor der Persönlichkeit, im Interesse des Ansehens Deutschlands und im Interesse des alten Mannes, der in hamvollster Absicht die deutsche Grenze überschritten hat, protestieren wir aber immer wieder aufs neue gegen die durch nichts gerechtfertigte Internierung eines Ausländers.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 20. September 1905.
Eine polizeiliche Hausdurchsuchung

fand gestern Abend in den Räumen der Volkswacht und in der Wohnung unseres Genossen Albert statt. Auf Anordnung des Staatsanwalts suchten vier Beamte — zwei blieben als Posten auf der Straße stehen — nach der Nummer 218 der Volkswacht vom Dienstag, den 19. September, und dem Manuskript zu dem Zeitartikel: „Faren-Rechte“. Die Hausdurchsuchung war eine so gründliche, daß man nicht einmal vor der persönlichen Lebenssituation unseres verantwortlichen Redakteurs zurückschreckte — ein Verfahren, gegen das aufs schärfste protestiert werden muß. Natürlich wurde das Gesuchte nicht gefunden — lediglich Exemplare der Volkswacht und 3, die persönliche Eigentum der Redakteure sind, wurden trotz Protestes von den Beamten mitgenommen. Natürlich wird dagegen sofort Beschwerde erhoben und werden diese zu Unrecht konfiszierten Exemplare wieder zurückgefordert werden.

Nach Ansicht des Staatsanwalts enthält der Zeitartikel, der bei allen Lesern freudige Zustimmung gefunden hat, eine „Reichs“ gangler und eine Majestätsbeleidigung“. Nun steht aber eine Verfolgung wegen Böhmer-Beleidigung einen formellen Strafantrag voraus. Dieser aber lag bei der Beschloahme noch nicht vor! Die Staatsanwaltschaft wird also erst den Antrag auf Verfolgung unseres Redakteurs vom Reichskanzler erbitten. Dieser hat Böhmer auch die eifrigsten Staatsanwälte, die sich um den Schutz seiner Person zu rührend bemühten, prinzipiell abblüger lassen. Er hat es grundsätzlich vermieden, Staatsanwälten Gelegenheit zu geben, sich mit Erfolg über die Kritik der Presse zu entlassen und Redakteure ins Gefängnis zu bringen. Und nichts deutet darauf hin, daß Böhmer gerade bei der Breslauer Staatsanwaltschaft eine Ausnahme machen könnte. . . .

Dr. Brombecker. Die ans dem Inhalt des Erlaßes hervorgeht, heißt bestellbar eine Speziauerklärung darüber abzugeben. Das heißt Ministerium des Innern habe bisher gemeint, daß überhaupt derartige Ermittlungen auf Veranlassung der Regierung festgehalten hätten, doch war der Abgeordnete Genosse Schöppner in

Nun aber den schlimmsten Feind: Die Majestätseidung. Die Staatsanwaltschaft hat seit der Erhebung der Anklage wegen Verweigerung des Massenstreiks...

Aber die Staatsanwaltschaft — und aus den Aussagen der Beamten hörte man es ebenfalls heraus — verwechselt zwei wesentlich verschiedene Begriffe: Regierung und Majestät.

Die Schirmherrschaften stellen gestern Abend im Gewerkschaftshaus eine gut besuchte Versammlung ab, zunächst gab Kollner Reimann den Kartellbericht.

Handlungsgehilfen-Versammlung. Donnersd., den 21. September, Abends 8 1/2 Uhr, findet im Café Restaurant, Karlsstraße, eine öffentliche Versammlung statt.

Freigesprochen. Gestern hatte sich die Schwesternhändlerin Maria Fischer wegen verachteten Versicherungsvertrags durch Brandlegung zu verantworten.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

Achtung, Holzarbeiter! In Leipzig befinden sich bereits seit 5 Wochen über 100 Gummi-Drechsler im Angriffsstreik.

Die Buchbinder hatten am Sonnabend im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses eine wichtige Mitglieder-Versammlung ab.

Achtung, Bauarbeiter! Wegen Nichtbewilligung der Lohnzulage von 3 Pf. pro Stunde wurde bei folgenden Firmen die Arbeit eingestellt.

Eine große Bauhilfsarbeiter-Versammlung findet am Sonntag, den 24. d. M., Vormittags 11 Uhr im Saale des Gewerkschaftshauses statt.

Aus Schlesien und Posen.

Zum Reichenbacher Weber-Verband

erhalten wir folgende Zuschrift: Als die Weber in einer stark besuchten Versammlung Einigungs-Verhandlungen mit den Webereigenthümern anzubahnen beschloßen, erließen letztere einen Maß, der nur als ein Akt Polizeiverordnung angesehen werden kann.

Versammlung der ausständigen Weber lehnte dann auch das Verlangen auf bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit einmütig ab. Es traten darauf die Arbeiter, die geflüchtet gekommen, aber ihre Stühle noch nicht fertig hatten, in den Ausschuß.

Eisenbahnräuber vor Gericht.

Die Verhandlung gegen Velt, Friedberger und Genossen begann am 18. d. M. vor dem Schwurgericht in Schneidemühl zunächst mit der Vernehmung der Angeklagten.

Große Brände.

Eine große Feuersbrunst wüthete am Sonntag Abend in Groß Hartmannsdorf bei Pommalen. Als der Gastwirth Konrad dort mit ihm wohnenden Gästen zu Tisch saß, brach plötzlich in einem mit Stroh gedeckten Nebengebäude Feuer aus.

Oels, 20. September.

Der Kronprinz muß zahlen. Aus Berlin wird uns geschrieben: Der Sohn des deutschen Kaisers war als Besitzer der Kronlehnsherrschaft Oels mit 5000 Mark zu den Kreisabgaben (Kreiskontingentensteuer) für 1908 herangezogen worden.

Das Obergericht in Berlin

wies die hiergegen eingelegte Revision des Kronprinzen, und zwar aus denselben Gründen, die beim Bezirksauschuss zur Abweisung der Klage geführt hatten.

fasse, welche aus irgend einem Grunde nicht zur Einreise kommen können verurteilt seien.

Bromberg, 18. September. Vom hiesigen Eisenwerksverein ist zu berichten, daß kürzlich nur noch die Arbeiter aus drei Betrieben — Krüger u. Lanza, Köhn und Schenckmann — sich im Ausschusse befinden.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Ein Unfallsfall mit tödlichem Ausgange ereignete sich in einer Schmelze in Pommern. Dort befand sich ein Entenwägen in Reparatur, dabei stieß das stählernen Gehäuse des Arbeiters Heinrich Kell eine der mit eisernen Stößen versehenen Einzelteile vom Wagen und traf das Kind auf den Kopf.

Neueste Nachrichten.

Osten!

Das neueste Telegramm meldet eine weitere Steigerung der sozialdemokratischen Stimmzahl. Es ist ausgegeben Vormittags 10 Uhr und lautet:

Bei der Reichstagswahl wurden 85,984 Stimmen abgegeben. Siebertz (Centr.) erhielt 35,500, Gewehr (Soz.) 28,726, Ritzmeyer (nat.) 17,066.

Neue Wurdstaten in Baku.

In Baku dauern die Morbiden und Verwundungen, die mit Stief- und Stichwaffen ausgeführt werden, an. Häufig wird überall in der Provinz Eliaßabrad getrieben, besonders auf der Straße nach Nadama.

Bauarbeiters Tod.

Bei dem Wiederaufbau der Telegraphenleitung in Preßlau hat die Heißluft die Arbeiter vor zwei Monaten nieder und mehrere Meter Mauer, welche vom Abbruch untermauert waren, zertrümmert.

Triestkassen.

100. Breslau. Lesen Sie sich die Notizen „Rekrutenentree“ einmal gründlich durch und Sie werden verstehen, daß die Rekruten der Provinzen Posen, West- und Ostpreußen das Glück genießen sollen, noch ein wenig zu pausieren.

Meteorologische Beobachtungen

der Königl. Universitäts-Sternwarte.

Table with 5 columns: Date, Time, Temperature, etc. for Sept 19 and 20.

Beobachtungen der städtischen Markt-Notierungskommission

Breslau, 19. September.

Table with 5 columns: Grain type, Quality, Price per 100 hl.

Preßlauer Weizen. Mehl ruhig, per 100 Mkg. inkl. Sach brutto Weizenmehl 00 rubig, 22.50—28.50 Mkg. Roggenmehl 00 rubig, 20.50—21.50 Mkg.

Verantwortlicher Redakteur: Robert Albert. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von Oskar Schöns.

Stadt-Theater.

Mittwoch:
„Der Kreislauf.“
Donnerstag:
Anfang 7 Uhr.
„Sankt“ (1. Teil).
Freitag:
„Lautenauer.“

Lobe-Theater.

Mittwoch:
„Die Siebenbrüder.“
Donnerstag:
„Frühlingluft.“
Freitag:
„Die große Weiberschafft.“

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.

Freitag:
Gruppe B, 2. Vorstellung:
„Der Götterbesitzer.“

Liebich's Etablissement

Telephon 1846
Ernest Thore, Musikant.
Luis-Walzer Grigolatis.
Hogokul die unvergleichlichen
„Japaner“.
Willi Prager etc. etc.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Victoria-Theater

(Stimmenauer Garten).
12 Attraktionen 12
unter anderem:
Capt. Rudolf's
**Wunder-
Elefanten.**
Sonnentags gültig.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Auscheiden! Gilt als

Verjüngungsmittel f. 1-2 Per.
**Breslauer
Konzerthaus**
Nur noch kurze
Zeit
Neumann-Bliemcher
und
Steidl.

Zeltgarten

Dir.: H. Krsinsk.
Eröffnung
der Winter-Saison
mit
12 erstklassigen Spezialitäten
Entree 50, Refer. 50 Pf.
Neu! Neu!
BAR
i. d. L. Gänge, M. d. Forst.
Künstler-Rendezvous.
Die
blane Grote von Capri
(Zeltgarten-Tunnel).
Damenorchester Lasch.
Entree frei!

Möbel

**Anzüge
Ueberzieher
auf Teilzahlung**

Nachweislich kleinste
Anzahlung in
Breslau
Max Biermann,
Ring 51, erste Etage
(neben der Brückgasse).

Filiale
in
Waldenberg i. Schl.
Auswärts franko.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

(Nährliche Breslau).
Sonnenabend, den 28. September
im Gewerkschaftshaus, Margaretenstrasse 17
Fest-Kränzchen

zur Feier des
6. Stiftungsfestes der Sektion der Modell-Schüler und des
2. Stiftungsfestes der Sektion der Parkettbodenleger.
Gratis-Verlosung für Damen
mit zahlreichen Prämien. 1. Hauptgewinn: 1 lebender Oahn.
Jede Dame erhält an der Kasse das Los gratis.
Einlass 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. 2'62
Entree: Herr mit Dame 60 Pf., einzelne Dame 30 Pf.
Gäste willkommen. Das Komitet.

SCALA Nikolai-
strasse 27.
Original Budapest.
Der Schachden,
Der Schnorzer
und Spezialitäten.

Palmengarten.
Dir.: H. Krsinsk.
Die Brachtdeforation
Venedig in Breslau
Lazu
2 Kapellen
Elite-Orchester „Maupold“
Italienische Gesellschaft
„La Fortuna“
mit der
bildschönen Neapolitaneria.
- Neue Bedienung. -
Entree 10 Pf. Anfang 7 Uhr.

**Konzerthaus
Gloria.**
Dir. H. Krsinsk.
Die Winterfaison ist
eröffnet
m. dem gegenwärtig besten
**Damenorchester
„Koschinka“.**
Entree frei.

Meine Aeußerung gegen
den Döcker Georg Schälcker
erkläre ich für unwahr und
warme vor Weiterverbreitung.
Carl Goebel.
2459

Orgon wirkt aber nur,
wenn im kochenden
Wasser aufgelöst.
4306

Damen-Filzhüte
billig, nur in besten Qualitäten und neuen Formen
Goldene Rodenasse 22, G. Kornetzky.

Kopfläuse nebst Gant vertilgt radikal mit
à Flasch. 50 Pfg. **Schnapp**
zu hab. i. Drogeriea. Haupt-Depot: Apoth. F. May, Alsenstr. 36

**August Heyne
Rohrtaбакhandlung**
BRESLAU 2116
Ka-Isstraße Nr. 27 (Rechtshule).

Elegante Sofa und Settselle
billig zu verkaufen. 204
Zincenzstraße 24, barriere.

Hüte
neueste Façons
Filz, Plumes, Chenille,
am billigsten
Carlsplatz 3,
1 Treppe.

Halt
!
auf
Kredit
1 Zimmer Anzahl. 7 Mk.
2 " " 14 "
3 " " 22 "
4 " " 30 "
Einzelne Möbel,
Polstersachen,
Kinderwagen,
Sportwagen,
Nähmaschinen,
Anzüge, Paletos,
Damen-Konfektion,
Manufakturwaren
etc. etc. 2458
mit kleinster Anzahlung.
Katalog gratis u. franko.
Kredit auch nach auswärts.
Sonntags geöff 8-9, 11-2.

S. Osswald,
Breslau,
Schuhbrücke 74,
1., 2., 4. Et.

Rippen sofort zu kaufen
Paul Sehr
Breslau, Walbertstraße 25, 2501

Günstige Gelegenheiten f. Brautleute!
Einige Zimmer Möbel in Aus-
baum, auch einzelne Stücke. Gard-
robe, Garnituren, Spiegel,
Schreibtische, Stühle, Settselle
mit Matraze, Nachtschilde,
Nachttische werden sehr billig
verkauft Carlsstrasse 49, II
2197

Rohrtaбак offeriert alle
gangbaren
Sorten
zu billigsten Preisen.
Daly Sum. hellmittel n. 1.50 Mk.
a 25, 40, 60, 70 Pfg.
La Gruss
Paul Sehr, Walbertstr. 25.

Damen-Filzhüte
billig direkt Filz-
hüte in der Fabrik
Henz Graupner, 11, Hof
Freund & Krebs
Filzhüte werd. modernisiert.

15 Pflastersteinritzer u. 15 Putzer
für Winterarbeit sofort gesucht.
Granitwerke Steinerne Renne, Act.-Ges.
Hasserode a. H. 2448

Akquisitionskraft
für eine gut eingeführte
Feuer-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft
mit gangbaren Nebenbranchen gesucht. Neben hoher Provision
werden Platzspeise gewährt. Gest. Offerten unter C. T. 635
an Haasenstein & Vogler A.-G., Breslau. 2467

Schuh - Ausverkauf
Matthias-Strasse. 9 2233
Nur wenige Tage.
Spottbillige Preise.

Bekanntmachung!
Sonnenabend, den 23. d. Mts. wird die bestehende
Omnibuslinie Zobtenstraße—Hauptpost
über den
Neumarkt—Sandstraße—Gneisenaufstraße—Blücher-
straße—Matthiasstraße bis zum Weissenburgerplatz
verlängert.
Der Fahrpreis der Teilstrecken beträgt:
1. Zobtenstr.—Neumarkt, 2. Ohlauerstr.—Matthiasstr. oder umgekehrt
je 5 Pfennig.
Auf die bestehenden Abonnements wird besonders aufmerksam gemacht.
Breslauer Omnibus-Gesellschaft.
Haupt-Depôt: Kräuterweg.
Fernsprecher 3089. 2452

J. Mamlok
Kupferschmiede-Strasse 42.
Trikot-Unterbeinkleider für Herren
Paar 90 Pf., 1.25, 1.25, 1.50, 1.80, 2.35, 2.50 bis 6.— Mk.
Trikot-Unterjacken für Herren
Stück 90 Pf., 1.10, 1.25, 1.50, 1.75, 2.— bis 5.— Mk.
Trikot-Unterhemden f. Herren
Stück 90 Pf., 1.10, 1.25, 1.50,
1.75, 2.—, 2.45 bis
5.— Mk.
**Trikot-
Unterbeinkleider f. Damen**
Paar 90 Pf., 1.—, 1.30, 1.50, 1.70, 1.85, 2.—,
2.25, 2.50 bis 5.— Mk.
Trikot-Unterjacken für Damen
Stück 90 Pf., 1.—, 1.20, 1.25, 1.50, 2.— bis 3.50 Mk.
Trikot-Unterhemden für Damen
Stück 90 Pf., 1.—, 1.20, 1.25, 1.50, 2.— bis 3.50 Mk. 2466
Reform-Beinkleider für Damen, Trikot-Untertailen.
Kinder-Trikotagen für jedes Alter in vorzüglichen Qualitäten.
Kniewärmer, Leibbinden, Socken u. Strümpfe.
Gestrickte Herren-Westen.

Laferme-Zigaretten.
Reform Nummer Eins 10 Stück 10 Pfg.
Reform Nummer Zwei 10 Stück 20 Pfg.
Reform Nummer Drei 10 Stück 30 Pfg.
Vorzüglich, preiswert u. überall zu haben.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Eigener Bericht.

Fena, den 18. September 1905.

1. Verhandlungstag.

Nachmittags-Sitzung.

Nach 3 Uhr eröffnet Vorsitzender Singer die Verhandlungen mit der Mitteilung von Begrüßungstelegrammen von den Sozialdemokraten Armeniens, Budapests, Koburgs, Hamburgs und Rothenburgs.

In der

Diskussion über das Parteistatut

erhält zunächst das Wort Binder-Viel: Wir in Schleswig-Holstein billigen die Absicht, unsere Partei durch Zusammenschluß wehrfähiger zu machen, vollauf. Aber Einheitslichkeit schließt Gliederung nicht aus. Außer dem Kopf und den äußeren Gliedern braucht der Parteiführer auch Organe in der Mitte, selbst Kreisvereine. (Weitererleit.) Darum wünschen wir, daß die Kreisorganisationen als Bankiers der Parteileitung fungieren und als Mittler der Beziehung zwischen Kreis und Leitung. Wenn wir aber überall starke Organisationen haben, sind die Vertrauensmänner in dem vorgeschlagenen Umfang überflüssig. Sie gehören dann nur dahin, wo die Vertrauensbeziehungen der Frauen stehen, als notwendige Hilfsmittel gegen eine rückständige Vereinsgesetzgebung oder eine schwache Organisation. Wir dürfen gegen die Freunde nicht ein mildes Gähnen vorheben, wenn auch mit bestem Willen sein. Nein, wir brauchen eine Organisation wie unser Feind, der preussische Militarismus, wir brauchen Rekruten, wir brauchen Kämpfer, wir brauchen Offiziere, wie wir sie eben an uns selbst im Bericht finden. (Beifall.)

Offenbach: Organisationen kann man nicht durch Paragraphen schaffen. Wir können nur den Stempel auf das Gewordene drücken. Je schwächer die Bewegung, desto stärker war stets der Druck nach Zentralisation. (Zehr richtig!) Aber heute ist die Zeit der strengen Zentralisation, wie wir in den 50 er und 70 er Jahren noch hatten, endgültig vorbei. Auch Preußen hinkt jetzt den südbündlichen Staaten in der Schaffung von Landesorganisationen nach. Uns hat eben die Beteiligung an den Landtags- und Gemeindevahlen schon früher dazu getrieben, als Schutzwehr gegen Stammverteilung Landesorganisationen zu schaffen. Das sind jetzt lebensfähige Glieder, die auch im Staat zu ihrem Recht kommen werden, wenn wir die Bestimmungen über Abführung des Geldes und Berichtspflicht an den Vorstand etwas anders fassen. Ueber die Höhe des Beitrages will ich nicht viel sagen, aber das eine: Segen Sie einen einheitlichen Minimalbeitrag fest, damit wir eine gefüllte Kriegerkasse bekommen. (Beifall.)

Herrn: (Hartmannsburg): Preußen hat organisatorisch seine Pflicht nicht so gut getan wie Süddeutschland. Aber zum Organisationsamt! Ohne viel Wert auf den Reueffekt zu legen, begrüßen wir es mit Freude, daß das Prinzip festgelegt worden ist, daß alle Wahlvereine einen bestimmten Teil ihrer Einnahmen an die Zentralkasse abführen müssen. Ich stimme auch dem Gedanken einer Vertretung der Gesamtfraktion auf dem Parteitag zu. Zumindest eine muß nicht, ein Viertel der Reichstagsabgeordneten auszulösen. (Weitererleit.) Das Recht, Genossen auf Jahre hinaus zu wählen, ist jetzt erstensmalmal den Wahlvereinen annehmbar und einem unparteiischen Schiedsgericht übertragen worden. Das Vertrauensmänneramt droht eine große Gefahr für die Einheitslichkeit der Organisation zu werden, wenn nicht ausdrücklich festgelegt wird, daß Vertrauensmänner die Vorsitzenden der Wahlvereine sein sollen. Vor allem bitte ich Sie - im Gegensatz zur Mehrheit meines Kreises - dem laugenhaften Wunsch der Berliner Genossen nachzugeben, und den „Vorwärts“ endlich in ein reines Lokalfeld umzuwandeln. Es ist unmöglich, den jetzigen Zustand bestehen zu lassen; bei der bisherigen Organisation kann der „Vorwärts“ nicht in der wünschenswerten Weise ausgebaut werden. Berlin nimmt endlich das Recht in Anspruch, das alle anderen Orte seit 10 Jahren haben. (Beifall.)

Schmidt-München: Wir haben das Organisationsstatut nur daraufhin geprüft, ob es geeignet ist, die Ideen der Partei in immer weitere Kreise zu tragen. Darum wünschen wir nicht, daß 25 Prozent an die Zentralkasse abgeführt werden müssen, weil das den Kreisen zuviel Kräfte entzieht. Ginge es anders, wenn es - nach Herrschs Bremer Rede - mehr auf das Prinzip als auf die Höhe des Beitrages ankommt, die Verhältnisse die Festsetzung eines Einheitsbeitrages nicht unmöglich zu machen. Für die prozentuale Vertretung der Fraktion treten wir nur des Prinzips wegen ein, nicht weil wir die Bedeutung unserer Vertretung im Reichstag verkennen. Aber die gleichen Gründe könnten uns auch zwingen, den Landtagsabgeordneten und Gemeindevorstellern hier Sitz und Stimme zu geben. (Weitererleit.) Berlin empfiehlt den Antrag der Berliner Genossen, den „Vorwärts“ des Charakters als Zentralkasse zu entwickeln. Vollmar hat sich darüber gewandert, daß dieser Gedanke nicht von

dem Berliner Vertreter in der Kommission ausgesprochen worden sei. Das kommt daher, weil damals noch kein feste Bestimmung über den Charakter des „Vorwärts“ gegeben war. Die Berliner sind hiermit wieder bestätigt worden. Ueberall sonst haben die lokalen Organisationen den größten Einfluß auf ihr Blatt, nur den Berliner ist dieser weitgehende Einfluß genommen. Die Berliner Genossen tun lokal ihre Pflicht; der Gedanke, daß die Berliner Genossen die Ueberschüsse des „Vorwärts“ den Zwecken der Gesamtpartei entgegen bringen, hatte vielleicht während der Zeit der Unabhängigkeit einige Berechtigung. Heute ist ein solcher Gedanke ganz unberechtigt. Die Berliner Genossen haben ja in letzter Zeit einen größeren Einfluß auf den „Vorwärts“, auf die Stellung der Redaktion usw. bekommen, er ist aber bei weitem nicht so groß, wie der anderer Lokalorganisationen. Als Zentralorgan hat der „Vorwärts“ die Verpflichtung, das ganze Parteileben wieder anzuleiten, er kann in neu auftauchenden Parteifragen nicht schnell sein. Er muß unparteiisch sein, aber wir Berliner haben unsere Meinung und wollen sie im „Vorwärts“ vertreten sehen. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß der „Vorwärts“ a. B. für die Landtagswahlberechtigung eintritt, während die Berliner Genossen dagegen sind. Das Zentralorgan ist nicht einmal immer der Meinung des Parteivorstandes gewesen. Der Vorstand hat öfters mehr Geld in der Schreibweise des „Vorwärts“ verlangt. Bebel hat in Dresden von der Notwendigkeit grundlegender Änderungen in der Redaktion des „Vorwärts“ gesprochen. Nach dem Parteitag ist dann alles beim Alten geblieben. Deshalb nichts geschehen ist, weiß ich nicht; vielleicht liegt das an der allzuhäufigen Abwesenheit der leitenden Personen im Vorstand. Bei unserem Antrag liegt uns jede Flexibilität gegen den Vorstand fern, er ist nur vom Gerechtigkeitsgefühl diktiert. Die Berliner wollen nicht minderes Recht haben, wie die übrigen Parteigenossen. Willig ist übrigens das Zentralorgan nicht vom Parteivorstand betrachtet worden. (Weitererleit.) Auch deshalb wollen wir mehr Einfluß auf den „Vorwärts“ haben, um Angriffe auf ihn den Boden zu entziehen. Von der Wiedereinführung des Zentralkassensystems, wie zu Niederrheins Zeiten, verabschieden wir uns keine wesentliche Verbesserung. Für unseren Antrag können wir uns auf Auer berufen, der in Mainz erklärt hat, der Charakter des Zentralorgans könne nur so lange beibehalten werden, als die Berliner Genossen gewillt sind, dies Opfer zu bringen.

Schütz-Bremen: Vollmar meinte, heute müßte er so ausführlich reden, um die Wählerverständnisse, die aufgebracht seien, von vornherein zu befriedigen. Besser wäre es gewesen, die Kommission hätte schon früher einen Bericht über ihre Beratungen erscheinen lassen oder eine Begründung ihrer Änderungsversuche veröffentlicht. Die Bremer und Göttinger Genossen lauten frohen Vers auf die konsequente Durchführung des Wahlvereinsystems. Mirands fast, selbst in Weidenburg nicht, stehen dem geistlichen Hindernisse entgegen. Statt dem jetzigen Anfallssystem der Vertretung auf dem Parteitag schlagen wir ein jedenfalls gerechteres Proportionalwahlssystem vor, das nach der Zahl der organisierten Genossen für den Parteitag des nächsten Jahres zunächst der Parteivorstand ausarbeiten mag. (Weitererleit.) Das Vorrecht der Fraktion wollen wir gänzlich aufheben. Gleich dem von ihm abgeleiteten Artikel hat Vollmar heute Stimmungen gemacht, nur in anderem Sinne. Schließlich entscheidet doch vielfach der Zufall, ob ein Kandidat - mit Hilfe der bürgerlichen Parteien vielleicht - gewählt wird. Für den Parteivorstand wünschen wir eine Erweiterung der Befugnisse. Darum wünschen wir, daß jeder einzelne Parteitag die Zahl der Vorstandsmitglieder je nach den gewachsenen Aufgaben festlegt. Ueber den „Vorwärts“ ist wegen seiner Zwitterstellung auf allen möglichen Parteitagen schon geklagt worden. Wenn der „Vorwärts“ erst ein Organ der Berliner Genossen ist, werden in der Tat die Polemiken an Schärfe verlieren, denn dann brauchen sich die Angriffe nicht mehr gegen das „Zentralorgan“ zu richten.

Löbe-Breslau: Im Verlaufe der Organisationsdebatte ist oft gesagt worden, es kommt nicht so sehr auf die Form, als auf den Geist der Organisation an. Das ist gewiß richtig, wenn aber der gute Geist in einer veralteten unvollkommenen Form steht, dann entsteht die Gefahr, daß Kräfte verschwendet und schlummernde Kräfte nicht geweckt werden. Wenn a. B. ein Reichstagswahlkreis, um den man sich wegen Mangels an Mitteln vier Jahre nicht kümmern konnte, plötzlich mit Flugblättern und Medien überschüttet wird, ist das eine Verschwendung von Kräften. Und daß wir nicht genug schlummernde Kräfte wecken, zeigt ein Vergleich mit den Gewerkschaften, denen das dank der strengen Zentralisation bedeutend besser gelungen ist. Um diesen Mängeln abzuweichen, bewegt sich der neue Entwurf in generalistischer Richtung. Leider ist sie nur in zwei Punkten streng zur Durchführung gekommen: in der Ersetzung des Vertrauensmänner-systems durch die Vereinsorganisation und in der Festsetzung einer Beitrags- und Berichtspflicht an den Parteivorstand. Den-

nach machen sich Bestrebungen geltend, das Vertrauensmänner-system auch aus Gründen lokaler Natur beizubehalten, womit gegen den bisherigen Zustand nichts geändert wäre. Unter Statut soll aber nicht nur schon bestehendes formal sanktionieren, sondern auch das Zurückgebliebene auf gleiche Höhe heben. Und die Vereinsorganisation ist überall möglich, das hat sich in Schlesien gezeigt. Selbst in Meisse, wo das Zentrum allmächtig ist, besteht seit Monaten ein sozialdemokratischer Verein und in Orie gibt verteilt trotz des Lokalmangels 120 Mitglieder. Ueberall, wo die Umwandlung vollzogen ist, hat sich ein regeres Vereinsleben entwickelt. Deshalb müssen wir die feste Grundlage in Vereinsform schaffen, sie ist die Voraussetzung jener Aktionen, die wir beim Punkt Massenzeit beabsichtigen wollen. Wenn nach dem Referendum die Frage der Beitragszahlung im Prinzip gelöst ist, dann müssen wir darauf hinarbeiten, daß dieser Beitrag ein möglichst hoher wird. Nur dann kann der Parteivorstand in der Zentrale und im Lande genügend berufsmäßig arbeitende Agenten und Organisatoren anstellen. Wir haben Sie mit der Organisation des Volksvereins bekannt gemacht, nicht weil wir sie genau nachahmen sollen, sondern um zu zeigen, was selbst die Zentrumspartei, die doch in der Kirche ihre beste Organisation hat, außerdem noch für organisatorische Anstrengungen macht. Sie macht Material für Arbeiter und Redakteure zurecht, schickt Arbeiter aus dem Arbeiterstande und sendet ihre Zentralorgane ins Land, um nach dem Rechten zu sehen. Das alles ist unserer Partei ebenso notwendig wie ein Blick auf die Gewerkschaften lehrhaft. Wir betragen uns manchmal über die Gewerkschaftsbeamten, die sich um die Parteiarbeiten nicht mehr kümmern, Veränderung kann aber nur geschaffen werden, wenn wir das Beispiel der Gewerkschaften befolgen und uns selbst Beamte schaffen. Die Zentralisation ist nicht überlebt, sondern wurde durch gelegentliche Eingriffe gravitätlich aufgehoben und muß wieder hergestellt werden.

Die Vertretung auf dem Parteitag sollte sich nach der Zahl der organisierten Genossen richten, aber zunächst muß eine Grund-lage dafür geschaffen werden. Heute wissen wir noch gar nicht, wie viel organisierte Genossen wir haben. Wenn neue Vorschläge auftauchen, gibt es ja immer Genossen, die sagen, das können wir nicht. So heißt es auch jetzt wieder, die Landes- oder Bezirksorganisationen würden durch die Zentralisation gestört, aber das ist nicht der Fall, diese Organisationen werden nicht gestört, im Gegenteil, sie sollen durch die Zentralorganisation noch gestärkt werden. (Beifall.)

Braun-Königsberg meint, die Süddeutschen wollten von der Strafbild des Organisationsentwurfes allerbald absteigen. Aber gerade die Beitragspflicht und die Berichtspflicht bilden die Grundlage der neuen Organisation. Das Prinzip der Beitragspflicht muß unbedingt anrecht erhalten werden. Ueber die Höhe des Beitrages mag gestritten werden, zu niedrig dürfen die an die Zentralkasse abzuführenden Beiträge aber auch nicht sein. Die Vereinsform ist schon schon auf dem Lande in Thüringen einsetzt. Wesentlich ist eine direkte Fühlung gerade der rückständigen Kreise mit dem Parteivorstand. Er wird dann leichter erkennen, wie nötig oft ein Griff in den Geldbeutel zu Gunsten dieser rückständigen Kreise ist. Für Interesse der rückständigen Kreise ist auch die Uebernahme der Delegationskosten auf die Parteikasse, denn sonst ist das Recht, den Parteitag zu besuchen, für diese Kreise nur ein papierenes Recht.

Frau Bieh-Hamburg: Ich möchte Sie bitten, den § 14 unter Ablehnung aller Änderungsanträge anzunehmen. Das ist der Wunsch der Genossinnen Badens, Sachsens und Hamburgs, den Sie um so eher nachkommen können, als dieser Paragraph nur bestehendes befestigt. Schon der Gothaer Parteitag hat zur Wahl von weiblichen Vertrauenspersonen aufgefordert. Alle unsere Erfolge sind darauf zurückzuführen. Wenn seit dem Bremer Parteitag im vorigen Jahre die Zahl der Frauen unter den „Gleichheits“- von 10,000 auf 23,000 gestiegen ist, wenn wir im letzten Jahre in Hamburg, Mannheim, Dresden und Leipzig allmählich organisatorische Erfolge erzielt haben, so danken wir das vornehmlich der agitatorischen Tätigkeit der weiblichen Vertrauenspersonen. Auch wenn wir moderne Vereinsarbeit hätten, brauchen wir sie. Denn die schon überlasteten Wahlvereinsvorsitzenden können die infolge der Eigenart des weiblichen Charakters, infolge der Rücksichtlosigkeit der Frau und besonders schwierige Agitation unter den Frauen nicht auch noch betreiben. Sorgen Sie dafür, daß überall,

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Der Künstler des Proletariats. Walter Crane, der bedeutende Zeichner und Maler in England, dessen Werke hunderttausende Proletarier aus den sozialistischen Bildwerken kennen, schreibt dem „Vorwärts“:

Gerechte Reaktion!

Die freundliche Hostiaht von den deutschen Arbeitern, der Sie aus Anlaß meines Geburtstages in Ihrem Blatte Ausdruck gaben, ist mir angenehm. Ein Freund hat es mir überlegt. Die Anerkennung meiner Bestrebungen und meiner Ideale und die freundliche Sympathie, die mir in Deutschland zu teil werden, sind in der Tat sehr erfreulich. Ich werde schon auf nicht ganz so viel Anerkennung für meine Werke aus meinem Vaterlande stolz sein. Aber Holzer noch, wenn mein Werk dazu beizutragen hat, die große Sache, das große Ideal des menschlichen Lebens, das in Sozialismus liegt, einzigermaßen zu fördern. Ebenso auch, wenn es einigermassen dazu beitragen möchte, die Freundschaft und das Wohlwollen zu befestigen, die stets zwischen dem deutschen und dem englischen Volke bestehen sollten, den Ring zum Trost.

Noch einmal: Ich danke Ihnen und wünsche durch Ihre Vermittlung den deutschen Arbeitern, die in ihrer glänzenden Einsicht und Solidarität ihren Brüdern in aller Welt mit gutem Beispiele voranzugehen sind, meine Genugthuung für Ihre freundliche Rundgebung auszusprechen. Es lebe die internationale Sozialdemokratie!

Ihr

Walter Crane.

Die Choleraepidemie.

Wie der „Staatanzeiger“ meldet, sind vom 18. bis 19. d. M. Mittags im preussischen Staate sieben Choleraverdächtige Erkrankungen amtlich gemeldet worden, davon je zwei in den Kreisen Marienburg und Filshne, je einer in den Kreisen Flatow, Friedeberg in der Neumark und Randow. Von den früher gemeldeten choleraverdächtigen Erkrankungen wurde eine in Margonin, Kreis Kolmar, nicht als Cholera festgestellt. Die Gesamtzahl der Cholerafälle beträgt bis jetzt 208 Erkrankungen, von denen 75 tödlich endeten.

Aus aller Welt.

Ein schweres Bootsunglück, bei welchem drei Personen umkamen, ereignete sich, wie jetzt erst bekannt wird, Sonntag Nachmittag auf der Dahme in der Nähe der sogenannten

Kranke, an der Einmündung zum Seddiner bei Berlin. Dort fand eine kleine Segelregatta statt, an der sich etwa fünfzehn Boote verschiedener Klubs beteiligten. Die Inassen eines sogenannten „wilden“ Segelbootes, das keine Namensbezeichnung trug, versuchten, mit den Sportbooten um die Wette zu fahren. Bei einem Windstoß schlug der unbekannte Segler um, und die in ihm befindlichen Personen, zwei Herren und eine Dame, stürzten in die Fluten. Unglücklicherweise befand sich zwischen den Sportbooten und dem gesunkenen Fahrzeug eine flache Stelle, über welche die tiefgehenden Segelboote nicht fortzukommen, und so kam es, daß die Sportsleute nicht sofort den Verunglückten zu helfen vermochten. Als sich endlich einige Boote der Unfallstelle näherten, waren die drei Personen, die sich vermutlich im Wasser aneinander geklammert hatten, in den Fluten verschwunden.

Selbstmordversuch einer Fünfzehnjährigen. Die fünfzehnjährige Arbeiterin Emma K. in Berlin bei ihrer Mutter wohnhaft, stürzte sich aus einem Fenster der im zweiten Stockwert gelegenen Wohnung auf den asphaltierten Hof hinab. Mit schweren inneren Verletzungen wurde sie nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. Das junge Mädchen war in der Nacht zum Sonntag gänzlich von Hause fortgeblieben. Als ihr deshalb die Mutter Vorhaltungen machte und drohte, dem Vormund zu schreiben, sprang die K. aus dem Fenster.

Ein weiblicher Verteidiger erschien dieser Tage vor der Berufungskammer des Landgerichts II zu Berlin. Der Dauergerichtsbesitzer Göbe ist Abends kommt fortgesetzt wegen des ihm freitig gemachten Rechtes zur Benutzung eines über fiskalischen Grund und Boden führenden Weges vor Gericht und ist schon mehrmals freigesprochen worden. Er pocht darauf, daß seine Frau, die schon zu den Zeiten Friedrichs des Großen diesen Weg benutzte, habe und auch ein Recht zur Benutzung besitze. Als Verteidiger dieses Rechtes erschien die Schwester des Angeklagten, Frau Gustabellicher Müller, die auf Grund des § 183 der Strafprozessordnung durch Gerichtsbeschluss zugelassen worden war, weil sie am besten mit den verwinkelten Rechtsverhältnissen durch ihr Familienarchiv Bescheid wußte. Der weibliche Anwalt, der mit einem großen Aktenstoh in Saale erschien, erweute sich einer so zuvorkommenden Behandlung, daß ihn mancher jähzornige Folgebarum beneiden konnte. Der Vorsitzende begrüßte den „Herrn Verteidiger“ durch eine freundliche Verbeugung, und der auf die folgende Verhandlung wartende Rechtsanwält Dr. Berthauer bot zuvorkommend der Dame den ersten Platz am Verteidigerische an. Sie erwiderte sich ihrer Aufgabe nicht nur „mit Grazie und Grazie“, sondern auch mit einer bewundernswürdigen Sachkunde und brachte dem Gerichtshof die Uebersetzung bei, daß ihrem Bruder mindestens

der gute Glaube innegewohnt habe. Der Gerichtshof erlaubte deshalb wieder auf Freisprechung.

Ein Amtsrichter wegen Verdröhung vor Gericht. Wegen einer eigenartigen Witzigkeit oder Verdröhung im Sinne der § 240. 241 Reichsstrafgesetzbuches hatte sich der 44-jährige ledige Amtsrichter Ernst Henning aus Paderborn vor der Strafkammer in Göttingen zu verantworten. Die Verhandlung, zu der mehrere Zeugen und ein Sachverständiger geladen waren, fand wegen Gefährdung der Sittlichkeit bei verschlossenen Türen statt. Nach der Wiederherstellung der Öffentlichkeit erfolgte am Urteilsberatungsstunde es sich um einen Vorfall, der sich am 7. September 1905 in der Wohnung des praktischen Arztes Dr. med. Pfeiffer in Paderborn abspielte, und der sich gegen die Gattin dieses Arztes richtete, weil der der Angeklagte ein Liebesverhältnis unterhielt, das er auch fortgesetzt zu sehen wünschte, als er damals von dort abreisen mußte. Um sich hierüber zu verewissern, erschien Henning an diesem Tage in der Wohnung des Dr. Pfeiffer unter dem Vorwande, sich von ihm ein Attest ausstellen zu lassen. Er traf aber nicht den Arzt, sondern nur dessen Gattin an. Mit dieser ließ er sich in ein Gespräch ein, in dessen Verlaufe er ihr erklärte, daß er unter gewissen Voraussetzungen mit ihr in den Tod gehen würde, namentlich aber dann, wenn er frank zurückkehre und die Uebersetzung geminne, daß sie - Frau Dr. Pfeiffer - nur ihr Spiel mit ihm getrieben habe. Als die Frau das gemüthvolle Ansehen ihres Verdröhs unter Hinweis auf ihr Töchterchen entschieden ablehnte und Abzugsblatte, er könne doch unmöglich dem Kinde die Mutter rauben, erklärte Henning, daß in diesem Falle ja überlegt werden könnte, ob das Kind nicht mit auf die Todesreise zu nehmen wäre, hierauf ergriff er eine auf dem Schreibtisch liegende, dem Dr. Pfeiffer gehörige Pistole und sagte, im Anschlag stehend: „Ich glaube, es wird nicht weh tun!“ In der Vernehmung hat sich nicht feststellen lassen, ob die Waffe geladen und ob sie der Angeklagte direkt auf seine Partnerin gerichtet hatte. Aus einem dem Gericht vorliegenden Schreiben des Angeklagten vom 12. September 1905 geht ferner hervor, daß die Frau durch Drohungen in Furcht setzen wollte. In diesen Vorgängen erblickten Frau Dr. Pfeiffer und mit ihr die Anklagebehörde den Tatbestand der verdröhten Mordthat. Nach dem Gutachten des geladenen Kreisarztes ist der Angeklagte ein Mann, der sich in einem krankhaften Nervenzustand befand und sich bei seiner schwachen Willenskraft plötzlich zu einer ungeseligen Handlung hinreißen ließ. Das Gericht entschied sich dahin, daß eine Mordthat nicht vorliege, dagegen nahm es an, daß der Angeklagte die Frau des Dr. Pfeiffer und deren Tochter mit der Begehung eines Verdröhs be-drohlich habe. (§ 241.) Bei der ganzen Sachlage und unter Berücksichtigung des Umstandes, daß der Angeklagte Müller ist, der das Gesetz zu schützen habe, verurteilte ihn das Gericht unter Auflegung des Verfahrens zu a weihundert Mark Geldstrafe oder

wo sie eine geeignete Frau findet, eine weibliche Vertragsperson gewährt und damit der § 14 in die Wirklichkeit umgewandelt wird. (Beifall.)

Altpolitik-Eisenach: Das neue Organisationsstatut scheint mir durchaus das Richtige zu treffen. Das Proportionalwahlssystem würde die kleinen Kreise völlig rechtlos machen. Schaffen wir in diesem Jahre den „Vorwärts“ als Zentralorgan ab, so haben wir nächstes Jahr wieder die Anträge auf Schaffung eines neuen Zentralorgans.

Jenisch-Berlin IV beantragt die von seinem Kreis gestellten Anträge. Zunächst beantragt er für die neuen Kreise benachbarten Schwaben, das Genossen aus dem einen sich in dem anderen organisieren dürfen. — Berlin I und III beider zum Beispiel einen großen Teil ihrer tätigen Genossen aus Berlin IV und VI. Die gesamten Kreisdelegationsmandate müßten, um der Würde des Parteitagess willen für alle Zeit beibehalten werden. Nach seiner Auffassung solle der „Vorwärts“ Zentralorgan bleiben; doch sollte auch die übrige Parteipresse die Bekanntmachungen des Vorstandes an hervorragender Stelle veröffentlichen. Die Zusammenlegung des Parteitages müsse demokratischer werden, mit Hilfe des Organisationsstatuts. Die Demokratie könne auch die Zulassung von 100 privilegierten, gleichsam lebenslänglichen Vertretern nicht billigen.

Dr. Witschel-Nürnberg: Das bisher über die Vertretung der Reichstagsfraktion auf dem Parteitag gesagt worden ist, scheint mir nicht geklärt, die Frage brauchbar zu sein. Wir sollten die Reichstagsabgeordneten als solche überhaupt nicht zum Parteitag zulassen. Dieser Irrtum im jüngsten Streit mit Wehring und Kautsky, wenn er meinte, wir könnten keinen „Parlamentarismus“ haben, weil wir kein „Parlament“ hätten. Das ist und trotzdem ein Parlamentarismus herrscht, beweist zum Beispiel die Antwort der Reichstagsfraktion auf den „Guten-Ton-Artikel“ Wehrings. Durch das Verbot des Mitstimmens der Reichstagsabgeordneten in parlamentarischen Fragen wird der Parteitag nicht geschwächt. Denn wir sind eine parlamentarische Partei und alle Fragen unserer Parteitage haben Bezug auf die Haltung der Fraktion. Nun sollen wir aber von den Parlamentariern besonders inspiriert werden können. Dann müßten doch in wirklich parlamentarischen Ländern die Abgeordneten noch einen viel besseren Heberbüß haben als bei uns. Aber da können wir von unseren Bruderparteiern lernen. In Holland, Frankreich, Italien, Dänemark mit Ministerverantwortlichkeit und schärfster parlamentarischer Kontrolle läßt man den Parlamentariern keinerlei Sitz und Stimme auf dem Parteitage, ja man beschränkt die Zahl der zulässigen Parlamentarier im Parteivorstand auf 1 oder 2. Wenn in Frankreich jemand solche Vorrechte für die Parlamentarier beanspruchen wollte, wie hier, würde er einfach ausgelacht werden. Die Reichstagsabgeordneten sind in dieser Frage selbst geteilt, also sind wir in der Frage, sie lediglich prinzipiell zu entscheiden.

Silberhümi-Berlin: Wir hatten die Organisationsfrage nicht in eine Vorfrage, wir glauben, es sind mit ihrer Lösung Fragen über die Parteimitglieder und den Geist in der Partei zu beschäftigen. Die Verbindung des Vorstandes mit den einzelnen Wahlkreisen ist heute ungenügend und muß verbessert werden. Die direkte Geldabführung und die Berichtsfähigkeit sind geeignete Mittel hierzu. Die Landesorganisationen brauchen deswegen nicht unterdrückt zu werden. Im großen und ganzen kann der Statutenentwurf angenommen werden.

Webel: Der Parteivorstand und die Kontrollkommission haben einstimmig den Beschluß gefaßt, Sie zu bitten, den Antrag der Berliner Genossen, dem „Vorwärts“ den Charakter als Zentralorgan zu nehmen, abzulehnen. Von den acht Berliner Kreisen haben Teltow-Bezirk und Berlin IV mit 31,000 (also 1/2) der „Vorwärts“-Abonnenten gegen diesen Antrag gestimmt. Von den monatlichen Vorbräutern der Berliner Genossen hat der Vorstand nichts gehört. (Wieland hört, hört!) So daß es ihm unmöglich war, seine Gegenstände zu erwidern. Als im Herbst 1900 wir die Sicherheit vom Erlöschen des Sozialistengesetzes hatten und an die Schaffung eines neuen Zentralorgans gingen, konnten wir natürlich den Berliner Genossen ihr Recht nicht wegnommen, sondern mußten sie natürlich fragen. Damals haben sie mit der größten Bereitwilligkeit unseren Vorschlägen ausgetreten. (Beifall.) **Wieland:** Die Vertrauensmänner, aber nicht die Delegierten! Aber, lieber Genosse, das war ja damals nicht möglich, wir waren ja noch unter dem Sozialistengesetz. Auch die späteren Wünsche der Berliner Genossen sind für dem Hamburger Parteitag von 1897, seit der Schaffung der Präkommission, im vollsten Maße berücksichtigt worden. Die Berliner Genossen haben jetzt einen vollen Teil an der Zusammenlegung der Redaktion und der prinzipiellen Geltung ihres Wunsches. Bei der geplanten Neuordnung bedürftigen die Berliner Genossen natürlich keine andere Verwendung der Ueberträge, in dieser Richtung haben sie

spanische Tauren Gefährnis. Der Staatsanwalt, der ebenfalls rathaltigster Verzeihungnahme Verdringung für vorüberend erachtete hatte die für diesen Fall höchstzulässige Geldstrafe von 300 Mark oder 30 Tagen beurlaubt.

Zum allernächsten Erdbeben in Süditalien ist noch folgendes zu melden: Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Ferraris, brachte die Nacht in einem Wagon auf dem Bahnhof in Bologna zu und besuchte morgens die Stadt, in der viele Häuser beschädigt, aber nur wenig zerstört sind. Die Einwohner schlafen am Meer im Freien. — In Monte Leone sind Ausflüchte aus Mailand und Piemont eingetreten, um Lebensmittel und Gebrauchsgütergegenstände für die durch die Erdbeben Geschädigten zu verteilen.

Schwere Unfälle. Auf der Landstraße zwischen Boppard und Koblenz überfuhr ein Karaman zwei Kinder, von denen eins getötet, das andere tödlich verletzt wurde. — In Koblenz-Lügel stürzte ein Monteur von der Leiter herab und blieb tot. — Auf der Lützowstraße in Koblenz wurde ein Tagelöhner von einem Pferde überrollt und starb auf der Stelle.

Erköthen. In Oberlahnstein entstand ein Streit zwischen mehreren jungen Leuten, wobei ein 17jähriger Mensch erschossen wurde. Zwei andere erstlitten gleichfalls schwere Stichwunden.

Mord und Selbstmord. In Groß-Lafferde bei Peine brachte der 45jährige Arbeiter Marx seiner Haushälterin, der Witwe Weidmann, und deren Mutter mit einem Hammer schwere Verletzungen bei, deren letztere erliegen ist. Nach Verhängung der Todesstrafe schloß sich Marx.

Gefahren. Der große englische Dampfer „Onega“ ist in dem Herababfall gesunken. Der selbe kam von St. Petersburg mit voller Ladung Getreide und war nach Rotterdam bestimmt. Den Abfahrtsbescheid des deutschen Dampfers „Antonia“ aus Bremen und einem dänischer Bergungsbooter ist es bis jetzt nicht gelungen, den Dampfer abzuschleppen.

Politische Satire

Konzentrierte Politiker-Ausstellung.

Was doch im Kleinen Sachsen für seltsame Klauen wachsen! Da preist sich, verdeckt es tief, Herr Dürr, ein Kandidat an Als „Kontroverso“ Kreisleiterer Mittelständmann Mit liberalen Ideen.“ Also in Sachsen grübeln! Reichte bloß noch ein antisemitischer, Sozialdemokratischer Ultramontaner Atheist, Kamens Lohn. Oder ein Genosse Mit nationalsozialistischer Ueberzeugung Und reichsdeutsches Wohlwollen der Feindung. Wozu's den höchsten Wächtern schmeckt — Gutes Appt und meinen Repekt! (Gnütlich im „Tag“.)

sch immer als tadellose Genossen gezeigt. (Beifall.) Aber wie ist es denn nun mit der prinzipiellen Haltung der Redaktion? Im 17. Juni 1900, kritisierte in einer großen Versammlung der Berliner Parteifunktionäre ein Mitglied des Parteivorstandes ganz energisch und sehr polemisch nachzumellen, was notwendig für die reaktionäre Haltung des Wunsches sei. Diese Ausführungen fanden so sehr den Beifall der gesamten Berliner Parteifunktionäre, daß sie der Redaktion als Programm empfohlen wurden. (Beifall.) Aber es wurde nicht gehalten! Ja, damals fiel die Erinnerung, in einem bürgerlichen Blatt sei dergleichen unmöglich. Da würde allerdings der Verleger den Teil der Redaktion mit abweichender Meinung hinauswerfen. Wie ist es denn in der „Vorwärts“-Redaktion so weit gekommen? Die Berliner Genossen haben in den letzten Jahren nicht Reaktionen aus ihrer Mitte von der sogenannten radikalen Richtung bekommen. Zwischen sind aber auch derselben nach rechts umgefallen, so daß die Mehrheit jetzt eine andere geworden ist, als sie sonst wohl sein würde. Aber jedenfalls ist es gerade im gegenwärtigen Augenblick unmöglich, in Berlin, wo der Parteivorstand ist, ihn gegenüber unserem Bonifatius in eine sozialistische Stellung zu bringen, ihn zu umlagern, sich anebenfalls bittend an die Redaktion oder die Berliner Parteigenossen an wenden. Auch wir sind ja eingeschlossen, alles anzuheben, um den vollberechtigten Plänen der Berliner, die die anderen sind, abzuweichen. Auch wir können auf Mittel und Wege, auf denen den gegenwärtigen, unabhägaren Umständen abgeholfen werden kann. Die Dinge müssen eben allmählich einen Höhepunkt erreichen, ehe man zu einschneidenden Maßnahmen greifen kann. Die Berliner haben ja auch das Privilegium, daß auch hier die beiden Parteien des Parteivorstandes annehmen werden. — Ich bitte Sie, auch die Anträge abzulehnen, daß Vorstand und Kontrollkommission drei Wochen vor dem Parteitag die provisorische Tagesordnung fertiger stellen. Wir müssen die Referenten schon ein Vierteljahr vorher ernennen. (Beifall.)

Berlin-Ostend: veranlaßt, daß der Anschluß aus der Partei nur auf Grund eines Organisationsbeschlusses erfolgen darf. Bei der Vorberathung muß den ernen Kreisen Rechnung getragen werden. Wehring wendet sich gegen die Forderung auf Abschaffung der Rechte der Fraktionsmitglieder. Durch die Wahl in den Reichstag wird doch ein Genosse nicht schlechter. Die Reichstagsfraktion muß vier Reichstagsmitglieder. Wir müssen wegen solcher Schwächen, wie sie bei den Verehrten gezeit haben, die Mitglieder der Fraktion beim Scheitern abnehmen können. (Beifall.)

Korn-Tirch wünscht, daß den kändlichen Verhältnissen bei der Organisation mehr Rechnung getragen wird. Die Beitragshöhe müsse von dem gleichen Gehaltsniveau aus festgesetzt werden, die direkte Geldabführung sei aber gut zu heißen. Schließlich beantragt er, daß Beitragsmitglieder, die ihr Domizil wechseln, nicht einer neuen Eintrittsgelder unterworfen werden sollen.

Hiltmann-Frankfurt a. M.: Die strikte Zentralisation ist das einzige Mittel. Im Jahre 1905 brauchen wir nicht mehr solche Anstöße von der Polizei zu haben. Selbst in Westfalen gibt es sozialdemokratische Vereine. Eine so strikte Organisation kann nicht schädlich sein, dagegen können die Landesorganisationen ruhig ausgebaut werden. (Beifall.)

Wagner-Eisenach: Wenn auch aus Süddeutschland viel Anhängerschaft zu erwarten ist, so sind wir doch nicht an einer Zentralisation der Genossen zu denken, die die selbständige Organisation der Süddeutschen in manchen Punkten und diese sollten abgeändert werden. Wir sind gegen die direkte Geldabführung und gegen die direkte Berichtsfähigkeit an die Zentralstelle. Die Reichstagsmitglieder müßten selbständig sein. Die Tätigkeits in den einzelnen Kreisen ist durch Parteimitglieder und kommunale Tätigkeits eine so vielgestaltige und erfordert so große Mittel, daß die Oberbehörde nicht erlahmen darf. Im solchen Verfahren aber bestreiten wir von einer direkten Mitteilung an die Zentralstelle. Selbstverständlich sind auch wir nicht prinzipiell gegen Abführung von Geldern an die Zentralpartei.

Wagner-Frankfurt: Nach der bisherigen Debatte sind wir uns einig in dem Streben, eine bessere Organisation zu schaffen. All die Reden aus dem Reichstagsbereich heraus, die hier vorgebracht worden sind, hat die Kommission schon ausgedrückt, weil sie das ganze Reich im Auge behalten mußte. Wenn wollte die Kommission den Zusammenhang festhalten, aber wir müßten doch die Freiheit der Genossen Spielraum lassen. Ich bin — fast Bebel spottend, noch vom parlamentarischen Arbeiterverein — mit meinem Herzen in der Partei wie in der Genossenschaft Zentralist. Aber wir müßten doch den Wählern einen Vorwurf, ob sie sich zu Berlin, zu Landes- oder zu Reichs- und Landesvereinen zusammenschließen wollen. Für die Reichstagsmitglieder haben wir bequeme Formulare vorgebracht, deren Benutzung auch nicht übermäßige Mühe machen. Die Resultate unserer bisherigen Behandlung der Berichte haben wir nur nicht veröffentlicht, um nicht den miserablen Zustand der bisherigen Berichtsfähigkeit zu verdeutlichen. Im ganzen werden wir wohl kaum mehr als redaktionelle Verbesserungen am vorliegenden Statut treffen.

Friedrichs-Darmstadt: Gütige Vorklämung der Reichstagsmitglieder wäre der Antwort nicht so vielen Gegenansprüchen entgegen. Mit der Zentralisation brauchen wir wohl nicht zu warten bis auch in Westfalen das letzte Hindernis gefallen ist. Die Entwicklung ist ganz konsequent nur nur lokaler zur Kreis- und Landesorganisation fortzusetzen. Um den Organisationen aber die finanzielle Grundlage zu geben, muß für ganz Deutschland ein einheitliches Markenniveau eingeführt werden, das ein Beitragminimum für ganz Deutschland festsetzt.

Ein Schlusstratag, von Reich-Röhl beantragt, von Ehrhard-Luzemburg beantragt, wird angenommen. Persönlich bestreitet Wehring-Berlin V., daß der Parteivorstand nicht rechtmäßig von dem Parteitag beauftragt worden sei. Wehring beantragt, daß der Vorstand erst unterrichtet worden sei, nachdem sich die Reichstagsmitglieder schon einig geworden waren. Wehring behauptet die Rechtmäßigkeit der Parteitage. Der Berichtsfähigkeit soll nur vorläufig auf das Schicksal.

Der Statutenentwurf wird zur erneuten Beratung an die vorbereitende Kommission zurückverwiesen, ebenso die sehr zahlreichen zum Entwurf erstellten Änderungsanträge. Mit der Vertagung einiger einseitigen Begrüßungsgramme schließt der Vorsitzende Singer die Versammlung um 7 Uhr.

Eingegangen ist folgender Antrag (Nr. 143):

In Rücksicht auf die Missbilligkeiten zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung, die nicht notwendig sind, die unumgänglichen Arbeitsteilung zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung folgen und sich zum Nachteil beider parlamentarischer Organisationen steigend bemerkbar machen, beschließt der Parteitag: es ist in erster Linie eine organisatorische und organisierende Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung anzustreben, in zweiter Linie und sofort bis zur Erzielung jener organisatorischen Verbindung ein Organ zu beschaffen, das die beiden zu schaffen oder ein bestehendes Parteiorgan mit der besonderen Aufgabe zu betrauen, eine dauernde Fühlung und in allen Fragen gemeinschaftlichen Interesses eine Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung und eine gemeinschaftliche Aktion herbeizuführen.

Dr. A. Liebmach, Rieger-Spandau, Staab-Potsdam. Es ist als Antrag 144 folgende Resolution zu: parlamentarische Tätigkeit, Punkt 4 der Tagesordnung, eingegangen:

Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes auf die nachdrückliche Behandlung des deutschen Reichstags durch die Reichsregierung, wie sie sich in neuerer Zeit immer deutlicher zeigt und insbesondere bei Fragen der auswärtigen Politik, wie der Marokko-Frage und der Stellungnahme zu dem russisch-japanischen Konflikt, jetzt wieder mit all ihren Schäden und Gefahren zu Tage tritt. Der Parteitag verurteilt diese nachdrückliche Behandlung der gewählten Vertreter des deutschen Reiches auf das Schärfste, indem er zugleich betont, daß sie nur die naturgemäße Folge der schwächlichen Haltung fast aller sozialistischen Parteien im Reichstags ist, die damit die Haupt-

verantwortung für die Rückkehr zum verfallenen Regiment im deutschen Reich tragen.

Ch. Bernstein und 29 Genossen. Uebrigens ist noch nachzutragen, daß auch unter Genosse Tugauer den Verhandlungen des Parteitages beivohnt.

Zweiter Verhandlungstag, Vormittags-Sitzung.

Kurz nach 9 Uhr eröffnete Singer die Verhandlungen wieder und teilt Begrüßungsgramme mit vom Exekutivkomitee des internationalen Sekretariats (Ausele, Vandervelde und Gussman), von der ungarischen Sozialdemokratie und der Redaktion der „Ibra“.

Der Vorsitzende Singer stellt einen genügend unterstützten Antrag zur Beratung, die jüngsten Preßstreikzettel

zwischen dem „Vorwärts“, der „Neuen Zeit“ und der „Leipziger Volkszeitung“ einer Kommission von 15 Mitgliedern zur Berichterstattung an den Parteitag zu überweisen und sie damit aus der Diskussion über den Vorstandsbericht vorläufig auszuschalten.

Zur Begründung führt Stolten-Hamburg an: Wir dürfen nicht zulassen, daß dieser Preßstreik sich ins Endlose fortpflanzt, der Parteitag muß eine Entscheidung treffen. Daran haben sowohl die mit mehr ethisch-ästhetischem als die mit mehr ökonomisch-historischem Interesse (Güterkeit) das allergrößte Interesse. Wenn wir aber hier ohne genügende Grundlage diskutieren, so liegt die Gefahr vor, daß sich alles auf die Frage auflöst: Wer trägt den größten Teil der Schuld? Das aber wäre sehr bedenklich. Vielmehr sollten wir fragen, auf welche Weise diesen unerwünschten Dingen in Zukunft ein Ende gemacht werden kann und die vergangenen Dinge ruhig vergangen sein lassen. Eine gründliche Diskussion erfordert, daß das strittige Material Stück für Stück durchgegangen und genau erörtert wird. Das ist nur denkbar im kleinen Kreise, wo man sich Auge gegenübersehen und beide Seiten Rede und Antwort auf unmittelbare Fragen stehen müssen, denen in einer Diskussion leicht ausweichen werden kann.

Wolbersky-Berlin II unterstützt den Antrag Stolten. Die Leipziger und Berliner Genossen als die leidtragenden Objekte bei diesem Streite seien mit dieser Anordnung durchaus einverstanden. Wenn man im Plenum die Diskussion der Frage beginne, würde vielleicht der Parteitag zu ihrer Entscheidung nicht ausreichen. Später in der Kommissionsverhandlung werde die Diskussion in einer Form vor sich gehen, von der die Partei Vorteil haben werde und unter der nicht andere Verhandlungen leiden würden.

Der Parteitag beschließt mit großer Mehrheit nach diesem Antrag. Für die Ber-Kommission liegen zwei Vorschlagslisten vor Sie enthalten folgende Namen:

1. Dieck-Stuttgart, Gasse-Königsberg, Stolten-Hamburg, Ernst-Berlin, Wolbersky-Berlin, Kleemann-Leipzig, Seeger-Leipzig, Schwarz-Lübeck, Schmitt-München, Frank-Mannheim, Sperka-Stuttgart, Ebert-Bremen, Olliffe-Bader-Berlin, Hengsbach-Röhl und Kocher-Breslau.

2. Gasse-Königsberg, Hoffmann-Berlin, Meister-Hannover (lehnt ab), Stolten-Hamburg, Sindermann-Dresden, Rosa-Luxemburg-Friedenau, Schulz-Bremen, Böbe-Breslau, Stadthagen-Niederbarnim, Schmitt-München, Luise Sieh-Hamburg, Buch-Leipzig, Wolbersky-Berlin, Frank-Mannheim und Dieck-Stuttgart.

Vors. Singer schlägt vor, die Listen drucken und verteilen zu lassen und während der Mittagspause abzustimmen.

Webel bittet im Interesse einer rascheren Arbeit der Kommission sofort über die Listen an bloc abzustimmen.

Abg. Dr. Südekum ist durch die Vorschlagsliste überrascht und möchte bis zur Mittagspause den Delegierten Zeit gelassen sehen für weitere Vorschläge geeigneter Kräfte.

Abg. Richard Fischer-Berlin bittet, die erste Liste, die die verschiedenen Gegenden des Reiches gebührend berücksichtige und nur altbewährte, am Streit unbeteiligte Genossen enthalte, ohne weiteres anzunehmen.

Wolbersky-Berlin und Webel unterstützen diesen Vorschlag, Südekum zieht seinen Widerspruch zurück.

Der Parteitag stimmt mit sehr großer Mehrheit der ersten Vorschlagsliste zu.

Es folgt Punkt 2 der Tagesordnung:

Geschäftsbericht des Vorstandes.

Im Zusammenhang mit ihm werden beraten die Resolutionen betreffend das Redeverbot gegen Jaures, Adler und Greulich, betreffend die Freischnitzung, und betreffend die Friedens- und Freundschaftserklärung der sozialistischen Parteienoffen und Gewerkschaften, deren Vorstand bereits mitgeteilt ist; ferner zwei Anträge aus Kattowich und Bremen, die das Scheitern der Einigungsverhandlungen mit der Polnisch-Sozialistischen Partei bedauern und ihre Wiederaufnahme vorschlagen.

Als Berichtsführer erhält zum Vorstandsbericht

Abg. Moleschuh

das Wort: In dem schriftlichen Bericht, der Ihnen vorliegt, schreibe ich, daß die Genossen im Lande sich selbst rednerisch über und ausbilden könnten und sollten. Dagegen ist mancher Widerspruch laut geworden: man hat eingewendet, daß bei einer besseren Verteilung der Redner durch den Parteivorstand überallhin geschickte Redatoren gewählt werden könnten, das ist aber ganz unmöglich. Auch die großartige Bewegung gegen das Justizhausgesetz war nur dadurch möglich, daß die Empörung des Volkes in der Mitte der Genossen eine Reihe von Rednern erweckte, die bei der Agitation mitwirkten. Ueberhaupt beruht ein gut Teil unserer Agitationskraft auf der unerbittlichen Rede, dem Herausgeben der Gleichgültigen, zu denen unsere Presse noch nicht dringt, zu den Versammelungen. So muß auch unsere Bewegung gegen die Freischnitzung bei anderen Genossen damit einsetzen, daß überall in jeder Stadt und jedem Dorf Monat für Monat verkündet wird, wie die Regierung den Agrariern zuliebe die Zensur eingeführt hat. Wie einst nach den Caprivischen Handelsverträgen die Junker die Bauernrebellion entsetzten, Stimm liess gegen die herabgeminderten Zölle, so müssen wir ohne Säumen den

Kampf gegen die neuen Wucherzölle

führen. Ist doch die jetzige Freischnitzung nur die Umverteilung der unerbittlichen Lebensmittelpolitik, jener Politik, die bei der Unfähigkeit der Landwirtschaft die ganze raschwachende Volksmenge aufzunehmen, zu einer Degeneration unseres Volkes führen muß. Schon jetzt hat man durch Grenzsperrn die Viehpreise künstlich verteuert, um vorher den Törichteren einreden zu können, daß nicht durch die Zölle die Preise gestiegen seien. Uebrigens haben alle diese Grenzsperrn nicht verhindert, daß in Deutschland weitverbreitete Viehkrankheiten wütheten. Wie aber die jetzige Viehverküpfung nur ein Vorbild für künftige größere ist, zeigt eine einfache Ueberlegung: Durch die Waidsölle wird die Schweinefütterung so verteuert, daß jeder hundert Schweinefleisch 14 Mark teurer zu stehen kommt. (Beifall.) Aber freilich die Agrarier geben sich der

General-Verein der Gutwäcker. Seitens der Hauptverwaltung war für die Wählfeier am Sonntag eine Urwahl in der ganzen Provinz angesetzt, welche über nachstehende Punkte zu entscheiden hatte. Der erste Antrag lautete: Der Vereinsvorstand ist ermächtigt, in Allenburg, dem gegenwärtigen Sitz der Verwaltung, bei günstiger Gelegenheit eine Unterbrunnung des Vereinsbüros ein Haus im Preise bis zu 25.000 Mk. aus Vereinsmitteln kaufen zu können. Nach längerer Debatte, in welcher sich sämtliche Redner gegen das Projekt erklärten, erfolgte die einstimmige Ablehnung dieses Antrages. Der zweite Antrag lautete: Der Wochenbeitrag zur Invalidenkasse ist von 10 auf 15 Pf. zu erhöhen. In der Debatte wurde u. a. die Bestimmung ausgesprochen, daß die Erhöhung nur geeignet sei, den Beitritt zu diesem Fonds zu erschweren. Es sei vielmehr die moralische Pflicht, namentlich der jüngeren Kollegen, diesem Fonds beizusteuern, dann wäre es möglich, bei den jetzigen Beiträgen und Unterbringungsstellen die inaktiven Kollegen zu unterstützen. Ueber diesen Antrag stimmten nur diejenigen Mitglieder ab, welche zu diesem Fonds Steuern. Es stimmten 23 Mitglieder mit Nein, 9 mit Ja. Eine einstimmige Entscheidung über diesen Punkt wird erst durch die nächste Generalversammlung erfolgen.

Darauf erfolgte eine längere Ansprache über die Durchführung des bestehenden Arbeitssachverhalts während des kommenden Winters in dem hiesigen Strohhutfabriken. Trotzdem es den hiesigen Unternehmern bekannt ist, daß für die Strohhutfabriken ein Arbeitsnachweis besteht, wird derselbe nur selten benutzt. Es ist vielmehr in den Tagesblättern, wahrscheinlich nur der Kallmeyer, pompöse große Artikel, monach Leute gesucht werden. Diese Artikel haben aber auch den Zweck, dem Unternehmers billige gezielte Arbeitskräfte zu verschaffen, die ohne Rücksicht auf die Gesundheit und Lebenshaltung ausbeutet werden können. Bei dieser Gelegenheit wurde auch das durchaus prinzipienwidrige Verhalten einiger Kollegen kritisiert, welche während der jetzigen Misshandlung, bevor sie sich beim Arbeitsnachweisführer melden, erst den Werkführer um Arbeit anstellen. Von dem Vorschlage, an die Fabrikanten ein Rundschreiben zu richten, wurde Abstand genommen. Die Kollegen sollen vielmehr darauf bedacht sein, bei kommenden Herbst die Werkführer auf die arbeitslosen Kollegen aufmerksam zu machen.

Stadttheater. Webers romantische Oper *Der Keislerskranz* gelang heute Mittwoch zum ersten Male in dieser Saison zur Aufführung. Morgen Donnerstag geht Goethe's *Hans*, Teil I, in Szene. Die Vorstellung beginnt um 7 Uhr. Am Freitag findet eine Wiederholung von Richard Wagners romantischer Oper *Tannhäuser* statt. Für Sonnabend wird Mozarts große Oper *Die Zauberflöte* vorbereitet. Ferner befindet sich in Vorbereitung Friedrich Schbells Trauödie *Genoveva*.

Volksoper. Heute Mittwoch findet eine Niederholung von Max Meyers erfolgreichem Schauspiel *Die Siebenjährigen* statt. Morgen Donnerstag wird zum ersten Male in dieser Spielzeit die Oper *Krühenkäse* aufgeführt. Am Freitag geht Raoul Auerheimers Lustspiel *Die große Leidenschaft* in Szene. Für Sonnabend ist *Lebers Operette* *Der Kaskadierer* angesetzt.

Im Thalia-Theater findet am Sonntag die Premiere eines überaus lustigen Schwanzes *Telephonheimliche* von Hermann Hausleiter und Max Reimann statt. Die Hauptrolle des Tobias Lehmann spielt Herr Will.

Turnvereine. Sonnabend, den 21. September, findet die erste Volksvorstellung für den Turnverein statt. Zur Aufführung gelangt *Der Hüftenheiser*, Schauspiel in vier Akten von Georges Ohnet. Die Ausgabe der Willkür erfolgt morgen Donnerstag, Vormittag 10 bis 1 Uhr, bei Herrn Eugen G. Herrhard, Sadomastrasse 60.

M-Fälle. Ein Biergastwirt, der am 18. d. Mts., Nachmittags, einen Wagen in ein Haus auf der Friedrich-Wilhelm-Strasse lenkte und neben dem Wagen begann, wurde zwischen diesem und dem Bordstein gequetscht, jedoch eine schwere Fußverletzung erlitt. Er wurde in das Allerheiligenhospital gebracht. Ein Arbeiter wurde in einem Grundstücke auf der Marianenstrasse beim Abtragen eines Hauses eingeklemmt und trug eine starke Quetschung der linken Brustseite davon.

Verkehrshindernisse. Am 18. d. M., Nachmittags, fuhr ein schwer beladener Möbelwagen von der Gartenstraße aus auf den Bürgersteig der Himmelfahrt. Hierbei sank hinter dem Bordstein das linke Vorderrad bis zur Achse ins Geröll ein. Der querstehende Wagen sperrte das Giesels der Straßenbahn, so daß eine Stunde lang der Verkehr in der Umgegend anzuhalten mußte. Erst mit Hilfe der Feuerwehr wurde das Verkehrshindernis beseitigt.

Epistol. Am 18. d. M., Nachmittags, wurde bei der Koblerstraße ein Gabelmessenstecher von der Karthstraße in besinnungslos Zustand, aber noch lebend aufgefunden. In der königlichen Klinik wurde festgestellt, daß er Epistol getrunken hatte.

Verhaftet wurde durch die Kriminalpolizei ein Arbeiter, der sich in ein Haus auf der Fischerstraße eingeschlichen hatte, um einen Einbruch zu verüben. Ferner wurde ein Arbeiter verhaftet, der in Wobersheim eine Arbeitstätte verlassen hatte.

Zusammenstoß. Am 18. d. M., Nachmittags, erfolgte an dem Kreuzungspunkte Gartenstraße-Schwandmühlstraße ein Zusammenstoß zwischen zwei Straßenbahnwagen, ohne daß Schaden angerichtet wurde.

Diebstahl. Einem Schlosser von der Altenstraße wurde in Oberron ein Fahrrad „Special“ 219, einem Köhler auf der Gartenstraße ein Fahrrad „Schlösserwerk“, einem auf einer Promenadenbank eingekleideten Schuhmachermeister eine silberne Remontoiruhr, einer Frau von der Mendelstraße auf dem Pünc ein Portemonaie mit 6 Mk., einem Wägenwerker auf der Himmelfahrt ein Fahrrad, Kühn Special 232, 205 geklaut; während des Marktes auf dem R. u. kam ein Paket abhandeln, welches eine grünfarbige Bluse, Unterwäsche, Brautkranz, eine blaue Kinderjacke mit weißen Reif, Hosensack und eine Kompaktkamera enthält.

Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 18. d. Mts. 31 Personen eingeliefert. — Gefangen wurden: ein holländisches Schiff, ein Dugend eivorne Sticheisen, eine goldene Perle und ein Trauring. — Abhandeln kamen: zwei Bibliothekbücher, ein graues Jackett, ein Pfeifenring, gez. M. L. 23. 3. 99, und eine silberne Uhr fette 5950.

Aus Schlesien und Polen.

Wieder eine Liebesgabe an die Agrarier.

Polnische Arbeiter wüthender und ökonomischer Staatsangehörigkeit, denen der Aufenthalt im Inlande nur für eine bestimmte Dauer behördlich gestattet ist und die nach Ablauf dieser Zeit in das Ausland zurückkehren müssen, unterliegen nach einem neuen Bundesgesetz, welches der Reichsregierung vorgeschrieben ist, nach dem Reichsgesetz zu verhalten, sofern sie in inländischen Lande und in den inländischen Landen oder in deren Arbeitsstellen beschäftigt werden. Die von der Reichsregierung letzter Arbeitsstellen bei den belovenen sich durchschneiden im Jahre auf 300.000 Mark für drei Millionen Wochen.

Die neue Gewervereins-Zeitung für Schlesien und Posen.

Esch, wenn ihre Finanzierung sicher ist, am 15. Dezember ins Leben treten. Wenn ein Stamm von 4000 Abonnenten gewonnen ist, hält man, nach dem „O. Z.“ in Katowitz, das Unternehmen für lebensfähig.

Für unsere Arbeiter sind auch diese Meldungen ein Ansporn sein. Viel mehr wie bisher für Stärkung der freien Gewerkschaften Sorge zu tragen. Es gibt in Schlesien und Posen noch viel zu tun und einen neuen Abonnenten für sein Arbeitsblatt, die *Polstern*, ein Mitglied für seinen Verband kann jeder unserer Genossen gewinnen — wenn er will!

Breslau, 19. September. Wie dem Staat nun die Kosten entstehen, lebte wieder einmal eine Verhandlung vor dem Landgericht, über die das „Vegan. Tagbl.“ also berichtet:

Wegen Urkundenfälschung in Verbindung mit Diebstahl von Feuerholz hat sich die noch unbestrafte 24 Jahre alte verheiratete Arbeiterin Marie aus Gahnau vor der Kreisstrassammer zu verantworten. Die Angeklagte, welche ihren Rollenbedarf von dem Handelsmann Robelt in Hannover viertelweise bezieht, hält diesen selbst ab, und wenn sie kein Geld hat, läßt sie den Betrag aufschreiben, was auf einer Schiefertafel geschieht, welche in einem offenen Schuppen neben dem Robeltlager aufgehängt ist. Sonnabends, wenn sie bezahlt wird, wird es wieder weggeschickt. Am 7. Juni kam die Angeklagte auch nach Breslau, und da Robelt nicht zu Hause, seine Gehilfen aber Mäde hatte, wurde der 19-jährige Sohn Robelt's von der Strafe befreit, um die Kundin zu bedienen. Dieser Junge will dann gesehen haben, als er hinterkam, indem die Angeklagte die Schiefertafel in der Hand hatte, daß sie mit den Fingern so tat, als ob sie etwas vorwuschle. Zu sehen ist aber nicht gewesen; er fand aber für sie 1.78 Mk. aneufgeschrieben, und der als Betrug verurteilte Robelt behauptete, daß es mehr gewesen sei, aber wieviel mußte er nicht angeben, auch seine Gehilfen nicht. Die Tafel selbst lag jetzt der Strafammer als Beweisstück vor. Die Angeklagte behauptete, sie habe nur dem Fingern auf die betreffende Stelle gelegt, um sich von der Höhe ihrer Schuld zu überzeugen. Die Beweisnahme ergab auch nichts Belastendes gegen die Angeklagte und der Staatsanwalt beantragte selbst deren Freisprechung. Diefem Antrage schloß sich auch die Strafammer an und die Verla Reiche wurde von der Anklage der Urkundenfälschung und des verübten Betruges freigesprochen.

Es ist auch in diesem Falle für unsere herrliche Rechtspflege bezeichnend, daß auf Grund der leichtfertigen Aussagen von einem 12-jährigen Schuljungen überhaupt Anklage erhoben werden konnte! Wieviel Schreiber, Kauferei, Porto, Verschwendung, Papier, Tinte und bar Geld wird auf diese Weise den Steuerzahlern als Last aufgebürdet? Ganz abgesehen von den Unannehmlichkeiten, Sorgen, Ärger, Verbriss, Kosten und Beschäftigungen, die man einer obdlig ehrsamen Frau mit Erhebung einer solchen Anklage verursacht und die nicht durch Geld zu ersetzen sind! Das Rechtsgefühl des Volkes wird durch solche und ähnliche Taten der Justiz immer weiter ausgehöhlet — was uns nur recht sein kann, insofern es nie zuviel Sozialdemokraten geben kann.

Breslau, 19. September. Wieder ein prägnanter Fehler! Einen famosen Jugendbildner haben die Einwohner im Rainen bei Guben. Vor Gericht wurde festgestellt, daß dieser jahrelang die Kinder mißhandelt hat! Trotzdem war der Pannergutbesitzer Müller, der in herben Worten sich die Mißhandlung seiner Kinder verbat, vom Schöffengericht G. u. r. u. zu 450 Mk. Geldstrafe verurteilt worden, weil das Gericht ohne weiteres eine „Beleidigung“ dieses prägnanten Herrn annahm. Selbstverständlich legte M. Verurteilung gegen ein solches Urteil ein, trotzdem sein eigener Verteidiger (!) ihm davon abriet. Leider erfährt man aus dem verurteilten Bericht der bürgerlichen Blätter nichts über die Mißhandlungen des Lehrers. Es heißt zum Beispiel in dem Bericht des „N. Z.“ nur:

Wie aus der Beweisnahme hervorgeht, sind die Meinungen der Einwohner im Rainen über den dortigen Lehrer G. u. r. u. geteilt. In den über den Lehrer angebrachten Familienräthen gehört auch der Pannergutbesitzer Müller, und zwar schreibt M. die Exzessivität eines seiner 13 Kinder an Epil. p. p. auf Mißhandlungen durch den Lehrer zurück, eines Beweises hierfür konnte er jedoch nicht erbringen. Seinem Unmut über den Lehrer machte M. nun am Abend des 4. März im Französischen Gasthause im Besonderen in unvorsichtiger, beleidigender Weise Luft. (Eine famose Feindschaft!) R. d. B.) Deshalb war M. verurteilt worden. Zur Vermeidung von Anklagen war seitens des Angeklagten ein großer Kengapararat angebracht, und aus den Aussagen ging auch hervor, daß die geteilten Meinungen der Rainer über ihren Lehrer nicht ganz unbegründet sind. (Ja also! R. d. B.) Die Verurteilung ist nun ein Beweis dafür, daß eine Beleidigung zweifellos vorhanden ist, nach der Beweisführung aber doch jahrelange Mißhandlungen der Schulkinder seitens des Lehrers vorliegen, und daß demzufolge die Strafe herabzusetzen ist. Das Urteil lautete auf nur 50 Mk. Geldstrafe. Auch wurde die Hälfte der Kosten in der Verurteilungsverhandlung der Staatskasse zur Last gelegt.

Und was geschieht mit diesem Lehrer? Darf er noch weitere Jahre Kinder mißhandeln?

Reife, 19. September. Wieder ein Geisteskranker militärisch verurteilt? Vor dem Obergericht wurde nach der „R. B.“ folgender aufsehenerregender Fall verhandelt:

Der Militär-Anwärter Johann Möllinger, ein Schmied aus Lützenbach in Hessen, verübte am 3. eine Strafe von 3 1/2 Jahren Gefängnis wegen tödlichen Anstichs. Diese Strafe hat er im Festungsgefängnis zu Reife meist in Einzelhaft zugebracht. Wegen Beleidigung, Bedrohung und Widerstandes schon vor seiner Militärzeit bestraft, brachte ihn sein cholertisches Temperament, sein zum Hörsen neigender Charakter während seiner Militärzeit und zwar noch während seiner Reifejahre immerwährend in Konflikt mit seinen Vorgesetzten. Als er am 28. Juli d. J. wieder in Einzelhaft verlegt werden mußte, begann er zu toben und schlug in seiner Zelle alles kurz und klein. Der stellvertretende Vorstand des Reifegefängnisses, Oberleutnant Freiherr von Reitelshaus, wurde sofort benachrichtigt, überschickte den Arzt und begab sich mit diesem in die Zelle Möllingers, vermochte sie aber nicht zu fassen, denn Möllinger hatte die Tür verriegelt. Durch den Risiko er sich, mit einer Eisenkugel beworfen und drohte, jedem den Schädel einzuschlagen, der hereinkäme. Der Oberleutnant befahl ihm dreimal, die Tür zu öffnen, Möllinger tat dies jedoch erst, nachdem mehrere Feuerschüsse die Beschloßmechanik zerstört hatten. Nach dem von seinen Mitgefängenen widerstandslos die Zwangsjacke anlegen. Für alle diese Exzesse, die als Widerstand, Bedauern im Ungehorsam, Achtlosigkeit und Bedrohung sich darstellten, wurde Möllinger vom Gericht der XII. Division zu 1 Jahr 6 Monat Gefängnis verurteilt. Auf seine Verurteilung dagegen entschied heute das Obergericht über diesen Fall. Dieses ist zusammengesetzt aus zwei Obergerichtspräsidenten und fünf Offizieren der Breslauer Garnison. Als Richter war heute ein Kriegsgerichtspräsident der XII. Division zugezogen worden. Möllinger lebte diesen vor Eintritt in die Verhandlung als Gefangener ab. Nach längerer Verurteilung erklärte darauf der Vorsitzende, daß seine Verurteilung vorliegt, diesem Antrag stattzugeben. Die Verhandlung nahm nun ihren Gang und endete unter den früheren tatsächlichen Feststellungen mit der Verurteilung der Verurteilung. Der Vorsitzende sagte zu Möllinger, in dem Augenblicke der Verurteilung geltend zu machen, daß dieser, indem er im Militärgefängnis einen so ganz und gar aussergewöhnlichen Widerstand zu leisten unternahm, zeitlich nicht ganz normal sein müsse und beantragte, einen Sachverständigen darüber zu hören. Als Verhandlungsleiter dem Angeklagten sagte: „Also, Sie sollen zur Verurteilung ins Irrenhaus gebracht werden.“ erwiderte dieser: „Ich bin doch nicht verrückt!“ Seine Bitte, in ein anderes Gefängnis verlegt zu werden, wurde nicht stattgegeben.

Dem Gericht scheint sonach der Sachverständige überflüssig geworden zu sein, nachdem der Geisteskranker selbst, wie das alle Geisteskranken tun, konstatiert hatte, daß er nicht verrückt sei. Es wird wahrlich ein höchst merkwürdiges sein, daß der Richter dieses Militärgerichts ein Irde besitzt!

Reife, 19. September. Aufgehobenes Militärgerichts Urteil. Der Unter-Major hatte aus dem gewaltsam-

verübten Einbruch eines Militärkontrollanten ein als Verloren geltendes Zwangsamt mit dem Bildnis Kaiser Friedrichs geklaut. Man fand es in seiner Holschinde eingekleidet vor. Er wurde, weil er wegen zweier Nahrungsmitteldiebstähle bereits disziplinarisch bestraft war, in erster Instanz zu 1 Jahr 3 Monaten und Entfernung aus dem Dore verurteilt. Gegen dieses Urteil legte sowohl der Angeklagte als auch der Gerichtspräsident — letzterer ebenfalls in Gunsten des Angeklagten, und zwar wegen der Höhe der Strafe — Berufung ein. Das Obergericht hob das erstinstanzliche Urteil auf und erkannte auf 6 Monate Gefängnis und Verlegung in die 2. Klasse des Soldatenstandes. Es ist ein seltener Fall, daß der Gerichtspräsident zu Gunsten des Angeklagten Berufung einlegt. Ob er es freiwillig auch getan hätte, wenn ein Soldat wegen „Widerbeleidigung“ oder sogenannter Meuterei zu einer schweren Strafe verurteilt worden wäre, möchten wir fragen!

Versammlungen und Vereine.

- Breslau.**
Gewerkschaftshaus.
 Mittwoch, den 20. September:
 Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau“. Jeden Mittwoch: Vereinsabend. Aufnahme neuer Mitglieder.
 Donnerstag, den 21. September:
 Knopfabbeiter. Zimmer 2.
 Sonnabend, den 23. September:
 Möbelsticker und Parkettbodenleger. Sitzungsabend im großen Saale.
 Buchhändler. Vortrag des Lehrers Carl Bohne-Breslau. Zimmer Nr. 2.
 Dienstag, den 26. September:
 Drechsler-Versammlung. Zimmer 2.
Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:
 Distrikt I (Gärtner-Bezirk):
 Bezirk 6. Dienstag, den 26. d. Mts., Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.
 Distrikt II (Mittels-Bezirk):
 Bezirk 11. Sonnabend, den 23. d. Mts., Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Jahlabend.
 Bezirk 13. Mittwoch, den 20. d. Mts.: Besprechung und Jahlabend.
 Bezirk 14. Mittwoch, den 20. September, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Jahlabend, und Leitung des Bezirks. Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt notwendig.
 Bezirk 17. Mittwoch, den 20. d. Mts., Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Jahlabend.
 Bezirk 17 a. Donnerstag, den 21. d. Mts., Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Jahlabend.
 Distrikt XI (Oberort):
 Donnerstag, den 21. d. Mts., Abends 7 Uhr: Vorbereitung zur Volksnacht-Kollation.
 Bezirk 47 (umfassend Rosen- und Elbingerstraße). Mittwoch, den 20. d. Mts., Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Breslau, 19. September. Donnerstags, den 21. September, Abends 8 Uhr: Versammlung. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Am 18. d. M., abends 9 1/2 Uhr, verschied nach kurzem schweren Leiden meine innig geliebte Frau und herzensgute Mutter
Christiane Wildrich geb. Kiol
 im Alter von 43 Jahren 9 Monaten. Dies zeigt mit der Bitte um stilles Beileid an Gottfried Wildrich nobst Sohn. Beerdigung: Donnerstag, nachm. 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause Opitzstrasse 10. 2461

Am 18. d. M. verschied nach längerem Leiden unser langjähriger Freund und Mitarbeiter, der Arbeiter
Joseph Wüstrich
 im ehrenvollen Alter von 76 Jahren. Es sichern ihm ein ehrendes Andenken
Die Schlosser und Arbeiter der Breslauer Aktien-Gesellschaft f. Eisenbahn-Wagenbau (Abteilung III).
 Beerdigung: Donnerstag, den 21. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause Hildebrandtstrasse 14 nach dem Besten-Bere-Kirchhof. 2460

Eltern und Vormünder!
 Gebet Euren Kindern und Schutzbefohlenen einen
Schatz fürs ganze Leben
 und laßt sie zu
 thätigen Buchhaltern, Kontoristen, Korrespondenten heranzubilden in
Heinrich Barber's ältester
 Handels- und Buchdruckerei
 Breslau, Graubenerstraße 12.

- Wir bitten Sie in unserem Gemüthsinteresse
- 5 Minuten Aufenthalt**
- zu nehmen, um Ihren Bedarf in nachstehenden Artikeln zu unseren tatsächlichen fabelhaft niedrigen Preisen einzukaufen:
- | | |
|---------------------------------------|--|
| 4 Bajonneten, schlackhaft 5 Pf. | 1 harte Schenkelbürste 5 Pf. |
| 5 Taschenbürsten 5 | 1 Röhrenputzer 6 |
| 3 weiche Schenkelbürsten 10 | 1 Honigbürste 6 |
| 3 braune Topfbürsten 10 | 1 Glasbürste 10 |
| 3 Wäschbürsten 10 | 1 Eckenbürste mit Stiel 15 |
| 3 Gummi-Putzer 10 | 1 Handseife mit Stiel 15 |

3 Schwererfüher mit Haute 25 und 30 Pf.

1 Zahnbürste, schlackhaft 10, 20 Pf.	1 Reibröhre 35 Pf.
1 Gürtelgabel (Gegenstr.) 22, 32 =	1 edel. Holzhaarbesen 1 M. 10
1 Teppich-Handseife 25 =	1 = = = = = 1 = = = = = 50

Mehrere Tausend Kämme

mit kleinen Reihen zu 10, 15, 20, 25 und 35 Pf. pro Stück, sowie Holzklapptr., Möbelbürsten, Feisen, Schwämme, Bohrmaschinen, Pinsel etc. etc. billigst.

London & Co., Dderstr. 5, fünftes Haus vom Ringe